1.Mai - Weltkampftag der Arbeiterklasse

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 17 vom 27. April 1974 — 8. Jahrgang — 50 Pfennig

Nieder mit dem Regierungsmai!

Heraus zum roten 1. Mai!

Am 1. Mai demonstriert die Arbeiterklasse für ihre wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen und sie demonstriert ihre Entschlossenheit, die Ketten der Lohnsklaverei endgültig zu zerreißen, das imperialistische System der Ausbeutung und Unterdrückung zu stürzen.

In 14 Städten ruft die KPD/ML in diesem Jahr die Arbeiter auf, sich in die roten 1. Mai-Demonstrationen einzureihen: in Bielefeld, Bremen, Dortmund, Duisburg, Hamburg, Hannover, Kiel, Lübeck, Mannheim, München, Nürnberg, Schweinfurt, Stuttgart und Westberlin.

Gegen den Regierungsmai des DGB-Apparats, zu dem auch die modernen Revisionisten und die Opportunisten aller Schattierungen aufrufen, gilt es, eine breite und geschlossene rote Front zu schmieden.

Setzen wir den Parolen der Klassenversöhnung an diesem 1. Mai den revolutionären Klassenkampf gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung entgegen! Ziehen wir einen klaren Trennungsstrich zu dem arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat und demonstrieren wir für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Erteilen wir den modernen Revisionisten von der D'K'P, diesen Verrätern an den Interessen der Arbeiterklasse, am Kommunismus, diesen Agenturen des Kapitals in der Arbeiterbewegung eine klare Absage!

Fester als je zuvor steht an diesem 1. Mai die Front gegen die beiden Supermächte, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus. Reihen wir uns ein in diese Front und demonstrieren wir unsere Entschlossenheit, gegen die beiden Supermächte, gegen den westdeutschen Imperialismus ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu erkämpfen. Es sind die siegreichen Arbeiter und Bauern Chinas und Albaniens, die allen Arbeitern zeigen, welch leuchtende Zukunft sie erwartet, wenn sie die Ausbeuterordnung stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten.

Die Vorhut der Arbeiterklasse und der anderen Schichten des werktätigen Volkes im Kampf für dieses Ziel ist die KPD/ML, die die Tradition der revolutionären KPD, Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns fortsetzt.

Fortsetzung auf Seite 10

Friedrich Engels April 1893
Den spanischen Arbeitern zum 1. Mai 1893

"Der 1.Mai bedeutet eine eindeutige und klare Situation, zwei sich deutlich unterscheidende und einander schroff entgegengesetzte Lager: Auf der einen Seite das internationale Proletariat, das unter der roten Fahne der universellen Befreiung dem Siege entgegenschreitet, auf der anderen die besitzenden und reaktionären Klassen aller Länder, die sich zur Verteidigung ihrer Ausbeuterprivilegien vereinigt haben. Der Kampf ist entbrannt, die rote Fahne ist entfaltet, der Sieg ist gewiss - vorwärts!"

25 Jahre DGB

25 Jahre im Dienst der Imperialisten

"25 Jahre DGB – Menschlichkeit und sozialer Fortschritt" – so heißt die diesjährige Maiparole des DGB. "25 Jahre im Dienst der Imperialisten zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse" – mit dieser Formulierung kämen wir der Wahrheit schon näher. Immer mehr Kollegen erkennen, daß Lohnraubabschlüsse, Ausschlußterror, Zusammenarbeit mit den Kapitalisten bei der Entlassung kommunistischer und anderer klassenkämpferischer Kollegen, Zusammenarbeit mit dem imperialistischen Staatsapparat bei Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter keine "Ausrutscher einiger reaktionärer Führer" sind, sondern daß der DGB-Apparat von Grund auf ein Instrument der Imperialisten, ein Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse ist. Darum verbreitert sich ständig die Front der Arbeiter, die die Notwendigkeit des schonungslosen Kampfes gegen diesen imperialistischen Apparat, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition erkennen. Viele Kollegen glauben aber auch noch, der DGB habe die Farbe gewechselt. Er sei einmal eine Kampforganisation der Arbeiterklasse gewesen und könne darum durch die Abwahl der reaktionären Führer auch wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse gemacht werden. In Wirklichkeit ist der DGB-Apparat von Anfang an von den imperialistischen Besatzungsmächten, insbesondere vom US-Imperialismus, als Kampforganisation gegen die Arbeiterklasse gegründet worden.

Als der Hitlerfaschismus niedergeschlagen war, war die deutsche Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk Deutschlands nur von einem Willen beseelt: Weg mit der braunen Pest, kompromißlose Entnazifizierung, Bestrafung der Kriegsverbrecher vom Schlage Krupp, Thyssen und Flick, Sozialisierung der Industrie, Aufbau eines antifaschistischen demokratischen Deutschlands. Die Weichen mußten in Richtung Sozialismus gestellt werden. Antifaschistische Betriebsausschüsse wurden gebildet, antifaschistische Komitees auf Orts- und Stadtteilebene. Sie standen zumeist unter der Führung der KPD, an deren Seite auch antifaschistische Teile der SPD kämpften.

Fortsetzung auf Seite 2

25 Jahre Grundgesetz

Wer das Grundgesetz verteidigt, verteidigt den Kapitalismus

Am 8. Mai, dem Tag, an dem vor 25 Jahren dem deutschen Volk das Grundgesetz aufgezwungen wurde, werden die Vertreter der Regierung, der bürgerlichen Parteien, des DGB-Apparats die "freiheitlich-demokratische" Ordnung beschwören. Aus allen Propagandakanälen der Bourgeoisie wird es tönen, daß es die Aufgabe des ganzen Volkes, egal ob Arbeiter oder Kapitalist, sei, dieses Grundgesetz zu verwirklichen. "Verwirklichung des Grundgesetzes" rufen auch die modernen Revisionisten von der D'K'P. Je mehr sich die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten unseres Volkes gegen diese angebliche Freiheit und Demokratie wehren, die nichts ist, als die Diktatur der Kapitalistenklasse, desto eifriger beschwören die modernen Revisionisten den "sozialistischen Gehalt", aus dem heraus diese Verfassung geschaffen worden sei. Max Reimann, dieser Verräter am Kommunismus, geht sogar so weit, zu behaupten, die KPD selbst hätte an dieser Verfassung mitgewirkt.

Nichts von alledem ist wahr. Das Grundgesetz ist geplant und durchgesetzt worden als eine Verfassung des Imperialismus im Kampf gegen das deutsche Volk und die damals noch revolutionäre KPD, die darangegangen war, ein antifaschistisches, demokratisches und einiges Deutschland aufzubauen.

Fortsetzung auf Seite 4

UN-Rohstoffkonferenz

Kampf den imperialistischen Räubern !

Auf der Rohstoff-Konferenz, die von den Ländern der dritten Welt in der UNO durchgesetzt worden war, bekräftigte der algerische Präsident Boumedienne in seiner Eröffnungsrede die gerechte Forderung der Länder der dritten Welt: Die Bodenschätze eines Landes gehören dem Volk, das es bewohnt, Niemand anderem!

Das ist die entschiedene Antwort der Länder der dritten Welt auf die Versuche der Imperialisten, insbesondere der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt mit der Behauptung zu rechtfertigen, alle Länder hätten Anspruch auf die Rohstoffe der Dritten Welt.

Jahrzehntelang waren es die Imperialisten gewohnt, wie selbstverständlich den Ländern der Dritten Welt ihre Reichtümer zu rauben, ihre Rohstoffe zu plündern und diese Länder wie Sklaven zu behandeln. Doch diese Zeiten – das zeigt auch die Rohstoffkonferenz der UNO – sind für den Imperialismus vorbei. **Immer mehr erwacht die Dritte Welt im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus und verteidigt entschieden ihre nationale Souveränität und Freiheit.** Es ist vor allem der wachsende Zusammenschluß dieser Länder, der ihre Front immer stärker und fester werden läßt. Zusammenschlüsse wie der von erdölfördernden Ländern in der OPEC, von kupferfördernden Ländern in der CIPEC machen den Imperialisten schwer zu schaffen. So hob auch Präsident Boumedienne in seiner Rede vor der UNO noch einmal die Bedeutung hervor, sich wie die erdölexportierenden Länder zu einer Front zusammenzuschließen und die Rechte kollektiv zu verteidigen.

Aber die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, lassen nichts unversucht, um diese Länder unter ihr Joch zu bringen. Wie in Chile, wo der US-Imperialismus sich mit einem blutigen Putsch wieder die Kontrolle über die Kupfervorkommen verschaffte, wie im Nahen Osten, wo beide Supermächte mit ihrem Kettenhund, dem Zionismus, die Herrschaft über das arabische Öl an sich reißen wollen, so gehen die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, mit Aggression und Subversion vor, um gewaltsam den gerechten Kampf gegen imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung abzuwürgen.

Um ihr aggressives Vorgehen zu rechtfertigen, versuchen die beiden Supermächte mit den absurdesten Theorien gegen den gerechten Kampf der Länder der Dritten Welt zu hetzen. So wollten die US-Imperialisten während des letzten Nahostkrieges aller Welt weismachen, das Öl der arabischen Länder gehöre allen Ländern und auch die sowjetischen Sozialimperialisten stellten gegenüber Vertretern der arabischen Länder fest, das arabische Öl sei internationaler Besitz. In Wahrheit verbirgt sich hinter diesen Behauptungen der Imperialisten die Absicht, alle Welt gegen den gerechten Kampf der Länder der Dritten Welt aufzubringen, dem Krieg gegen diese Länder den Weg zu bereiten und das Öl und die anderen Rohstoffe dieser Länder in ihren Besitz zu bringen.

Trotz ihrer großangelegten Propagandaaktionen aber können die beiden Supermächte ihre wirkliche Rolle nicht verbergen. Gerade die Länder der Dritten Welt erkennen immer klarer, was der stellvertretende Ministerpräsident der VR China, Genosse Teng Hsiao-ping auf der UNO-Vollversammlung sagte: **Die beiden Supermächte USA und UdSSR sind die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker der heutigen Zeit, beide beuten andere Länder wirtschaftlich aus, plündern ihren Reichtum und greifen nach ihren Rohstoffen. Besonders entlarvte Genosse Hsiaoping dabei die sowjetischen Sozialimperialisten, die unter Schlagworten wie "wirtschaftliche Zusammenarbeit" und "internationale Arbeitsteilung" aus ihrer "sozialistischen Familie" Superprofite herauspressen.**

Die Rohstoffkonferenz der UNO zeigt selbst, daß sich die internationale Lage ständig weiter zu gunsten der Dritten Welt, zugunsten der Völker aller Länder entwickelt und zu ungunsten des Imperialismus und aller Reaktionäre. Waren noch vor einigen Jahrzehnten die Imperialisten unumschränkte Herrscher über die Welt, so sind sie heute gezwungen, mit den Ländern der Dritten Welt über deren Forderungen vor aller Welt zu verhandeln.

Angespornt von dem großen Beispiel der VR China, wo der Imperialismus endgültig verjagt worden ist und das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse und seiner Kommunistischen Partei den Sozialismus aufbaut, angespornt von den großen Erfolgen, die die Völker Indochinas mit dem siegreichen Volkskrieg gegen den Imperialismus erringen, schließen sich die Länder der Dritten Welt immer fester zusammen gegen Imperialismus und Hegemoniebestrebungen. Unterstützt von immer mehr Ländern, die den Weg der unabhängigen Entwicklung einschlagen und unterstützt von allen Völkern der Welt.

Es ist, wie die chinesischen Genossen feststellen: **"Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution – das ist der unwiderstehliche Lauf der Geschichte."**

Wir empfehlen zum Studium:
Hysni Kapo: Rede zum 80. Geburtstag Mao Tsetungs
In: Albanien heute Nr. 6/1973 (Beilage).
Zeitschriften und Literatur aus den Volksrepubliken China und Albanien sind zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheckkonto Hamburg Nr. 1935 72 – 207.

Fortsetzung von Seite 1

Sie wollten zur raschen Durchführung der Entnazifizierung schreiten, an den Aufbau des neuen Deutschlands gehen. **Im Gebiet der heutigen DDR unterstützte die Sowjetunion unter Stalins Führung diese Aktivitäten.**

Aber die imperialistischen Besatzungsmächte in den Westzonen – vor allem der US-Imperialismus und der britische Imperialismus – verweigerten diesen antifaschistischen Bestrebungen nicht nur jede Unterstützung, sie verboten sogar alle gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten der Arbeiterklasse. Auch als sie nach dem Potsdamer Abkommen gezwungen waren, gewerkschaftliche Zusammenschlüsse zumindest auf lokaler Ebene zuzulassen, versuchten sie mit allen Mitteln, den Aufbau einer starken gewerkschaftlichen Organisation zu verhindern.

So gründete sich z.B. 1945 in Hamburg die "Sozialistische Freie Gewerkschaft". Innerhalb von 5 Wochen stellten über 50.000 Hamburger Arbeiter einen Aufnahmeantrag, über 10.000 Reichsmark wurden für den organisatorischen Aufbau der SFG gespendet. Nach

25 Jahre DGB

25 Jahre im Dienste der Imperialisten

5 Wochen erzwang die britische Militärregierung die Auflösung. In der Begründung für den Beschluß heißt es: "Entscheidend für den Beschluß war, daß alle wahrhaften Gewerkschaftsführer der Meinung sind, daß die politische Betätigung der "Sozialistischen Freien Gewerkschaft" nicht den wahrhaften Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entspricht."

Die "politische Betätigung" der SFG bestand darin, daß die Hamburger Arbeiter ihren antifaschistischen Willen auch in ihrer Gewerkschaft organisiert sehen wollten, daß die SFG sich nicht auf wirtschaftliche Forderungen beschränkte, sondern auch die Entnazifizierung, die Sozialisierung, die Bestrafung der Kriegsverbrecher usw. forderte.

Wir werden noch sehen, daß die imperialistischen Besatzer keineswegs eine unpolitische Gewerkschaft wollten. **Sie wollten eine imperialistische "Gewerkschaft", die ihnen helfen sollte, ihren Plan, die Westzonen Deutschlands zum Brükkenkopf des Imperialismus gegen die sozialistische Sowjetunion und die im Entstehen begriffenen Volksdemokratien zu machen, durchzusetzen.** Was sie fürchteten, das war der übermächtige Drang der deutschen Arbeiterklasse, aller Werktätigen zum Sozialismus, der starke Einfluß der Kommunisten."

So schrieb der offizielle Historiker der amerikanischen Militärregierung Harold Zink zur Begründung für die Behinderung der Gewerkschaftsarbeit durch die Besatzer: "Man war der Ansicht, daß bei einer langsamen Reorganisierung der Gewerkschaften in Deutschland das offenbare Risiko, daß diese Organisationen durch Kommunisten übernommen werden, wesentlich verringert, wenn nicht ganz ausgeschaltet würde. Und der britische Militärgouverneur Montgomery schreibt in seinen Memoiren: "Die Russen unterstützten

Fortsetzung auf Seite 3

1.Mai-Resolution der Roten Hilfe

Weil der 1. Mai der revolutionäre Kampftag der Arbeiterklasse ist, ruft die Rote Hilfe "dazu auf, die revolutionären 1. Mai-Demonstrationen, zu denen die Kommunistische Partei, die KPD/ML aufruft, zu unterstützen und dem Regierungsmai des imperialistischen DGB-Apparats eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

Die Rote Hilfe distanziert sich damit auch entschieden von Gruppen, die sich selbst revolutionär nennen, aber unglaublicherweise zu diesem Regierungsmai aufrufen und damit einen schändlichen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse begehen.

Warum unterstützt die Rote Hilfe insbesondere die revolutionären Maidemonstrationen der KPD/ML?

Die KPD/ML hat im Kampf gegen die gerade im letzten Jahr zunehmende politische Unterdrückung führend eingegriffen, ist in diesem Kampf keinen Schritt zurückgewichen und trägt diese revolutionäre Linie des unversöhnlichen Klassenkampfes auch durch ihren Maiaufruf in die Massen... Besonders wichtig für die revolutionäre Bewegung gegen die politische Unterdrückung war und ist der konsequente Kampf der KPD/ML gegen die größten Verräter an dieser Kampffront, die modernen Revisionisten der D'K'P. Dadurch, daß die KPD/ML diese Verräter ständig entlarvt hat, hat sie die entscheidende Klärung zwischen revolutionären und konterrevolutionären Kräften in der Rote-Hilfe-Bewegung vorangetrieben...

Auf dieser Grundlage des gemeinsamen revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie und ihren Unterdrückungsapparat ruft die Rote Hilfe alle ihre Mitglieder und **Sympathisanten dazu auf, zusammen mit der KPD/ML und allen anderen wirklich revolutionären Kräften in unserem Lande den revolutionären 1. Mai zu begehen und sich damit in die weltweite Kampffront der Völker gegen Imperialismus und für den Sieg der sozialistischen Revolution einzureihen."**

Grußadresse des FUNKE an das ZK der KPD/ML zum 1.Mai !

Die antiimperialistische Zeitung "Der Funke" übermittelt der Partei des westdeutschen Proletariats zum diesjährigen 1. Mai die herzlichsten Kampfesgrüße.

Wer den Imperialismus schlagen will, der muß ihn im eigenen Land angreifen, wer in Westdeutschland Antiimperialist sein will, muß Revolution wollen. Diese Wahrheit setzt sich in der antiimperialistischen Bewegung immer mehr durch, den Spaltern und Opportunisten zum Trotz. Denn nicht anders als durch den Klassenkampf im eigenen Land können der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, deren Truppen auf deutschem Boden stehen, vertrieben werden, keinen größeren Beitrag kann das deutsche Volk zur Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker leisten als die Besatzertruppen zu vertreiben, den westdeutschen Imperialismus zu stürzen und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu errichten.

Wir grüßen die kommunistische Partei, die KPD/ML, die Vorhut des Proletariats, unter deren Führung sich die antiimperialistische Bewegung immer fester auf einer revolutionären Grundlage zusammenschließt.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Heraus zum Roten 1.Mai !

Zur finanziellen Unterstützung des 1. Mai 1974 gingen bisher folgende Spenden auf das Konto des ROTEN MORGEN ein:

3.4., M.C. Werdohl 10,- – 5.4. H.O. Kiel 5,- – 8.4., M.S. Köln 100,- – 9.4., W.K. Essen 10,- 9.4., ROTER MORGEN Lesekreis Mannheim Neckarstadt 41,50,- – 9.4. R.D.H. Bönen 50,- – 9.4. R.M. Bochum 50,- – 9.4. H.V. 100,- – 9.4. KSB/ML Westberlin, Zelle Germanistik 128,- – 10.4. E.K. Kassel 20,- – 11.4. Hochzeitsfeier Hamburg 221,14 – 11.4. W. Gelsenkirchen 30,- – 18.4. E. Th. Kassel 100,- – 18.4. M.S. Holzminden 10,- – 18.4. D.S. Westberlin 500,- 19.4. M.N. Bochum 10,- – 19.4. H.D.P. Brackwede 45,- – 19.4. RM-Lesekreis Bochum 215,- – 19.4. Veranstaltung der KPD/ML in Reutlingen am 5.4. 257,74. gesamt: 1 902,98 DM.

Deine scharfe Waffe-ROTER MORGEN!

Folgende Spenden wurden seit der letzten Veröffentlichung der Spendenliste zur Stärkung des ROTEN MORGEN auf das Konto Verlag G. Schubert, Stadtsparkasse Dortmund, Konto Nr. 321 004 393, eingezahlt:

3.4., Skatrunde Bielefeld 34,- 3.4. N.R. Heime der inneren Mission 100,-; 8.4. Spende beim RM-Verkauf Düsseldorf 5,-; 9.4., Skatrunde Bielefeld 11,50; 9.4. H.H. Braunschweig 5,-; 9.4. W.K. Braunschweig 13,50; 9.4. RM-Spende bei Verkauf Braunschweig 12,50; 16.4. Essener Genossin 41,-; 19.4. H.R. München 10,-; gesamt 232,50.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel. 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

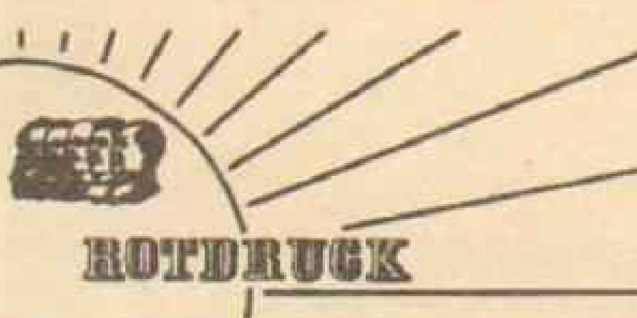
AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK























ROTE SPRITZE
Zeitung der Kl. Parteizelle der KPD/ML

Fortsetzung von Seite 2

die Gewerkschaften, ich beschloß, das nicht zu tun... Dafür hoffte ich zu erreichen, daß im Laufe der Zeit aus ihren eigenen Reihen die richtigen Leute an die Spitze kamen. Gingen wir jedoch zu schnell vor, so bestand die Gefahr, daß sie in falsche Hände gerieten und daraus Schwierigkeiten entstanden."

25 Jahre im Dienste der Imperialisten

CIA - Offizier als Gewerkschaftsboss

Und die Imperialisten sorgten dafür, daß die richtigen Leute an die Spitze kamen. Zum Beispiel wurde **Fritz Tarnow** zuerst in der Gewerkschaftsleitung der britischen Zone, dann in der amerikanischen Zone eingesetzt. Er hatte sich bei den imperialistischen Mächten bereits 1944 mit einem Rundschreiben empfohlen, aus dem wir kurz zitieren: "Es ist gewiß, daß eine der Hauptforderungen der Arbeiter die Einheit sein wird, und sie werden ... Gewerkschaften fordern, die alle Arbeiter umfassen. Wir müssen das, koste es was es wolle, verhindern, denn die Kommunisten würden dadurch in die Lage versetzt werden, die Gewerkschaften zu beherrschen. Deshalb müssen wir jetzt mit den britischen und den amerikanischen Behörden die Vereinbarungen treffen, damit wir so schnell wie möglich nach Deutschland zurückkehren können, um die Entwicklung der antikommunistischen Gewerkschaft zu leiten."

Ein "richtiger Mann" für die Imperialisten war auch **Otto Stolz**, der zunächst Redakteur bei der amerikanischen Militärregierung war, um dann stellvertretender Chefredakteur der "Welt der Arbeit" zu werden. Und einen "richtigen Mann" stellten sie auch an die Spitze der Eisenbahnergewerkschaft. Ihr Vorsitzender wurde **Hans Jahn**, der Offizier des amerikanischen Geheimdienstes CIA war.

Fassen wir zusammen: **die imperialistischen Besatzungsmächte unter der Vorherrschaft des US-Imperialismus unterdrückten und zerschlugen alle Ansätze einer Gewerkschaftsarbeit auf revolutionärer, antifaschistisch-demokratischer, letztlich sozialistischer Grundlage, wie sie dem erklärten Willen der deutschen Arbeiterklasse entsprochen hätte. Sie gingen planmäßig an den Aufbau einer imperialistischen Gewerkschaft. Ihr Hauptfeind dabei war die KPD.** Die deutsche Arbeiterklasse hatte erkannt, daß Faschismus und Krieg nicht von einem Verrückten namens Hitler aus heiterem Himmel in die Welt gesetzt worden waren, sondern daß der Kapitalismus die Ursache für Faschismus und Krieg war. Sie wandten sich in immer stärkerem Maße der KPD zu, die nicht nur die konsequenteste Kraft des antifaschistischen Kampfes gewesen war, sondern die vor allem die einzige Partei war, die den Weg zum Sturz des Kapitalismus, zu einem vereinten, freien, antifaschistischen Deutschland und zum Sozialismus wies.

Vor allem in den Betrieben erwies sich das Erstarken der KPD. Nach den Betriebsratswahlen 1946 stellte die KPD von 1716 Betriebsräten im Bergbau der britischen Zone 666 (SPD 632); in der Metallindustrie von 864 Betriebsräten 242 (SPD 248). Über die Betriebsräte und Vertrauensleute führte die KPD die Massenaktionen für die Sozialisierung an, sie mobilisierte die Massen im Kampf gegen die schlechte Versorgungslage. **Für den DGB (britische Zone) erklärte der spätere DGB-Vorsitzende Böckler, daß jeder Arbeiter, der sich an den "wilden Streiks" beteilige, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen würde.**

Die Imperialistenknechte um Böckler, Tarnow usw. entlarvten sich völlig als Instrument des US-Imperialismus, als sie dem **Marshall-Plan** zustimmten, durch den die US-Imperialisten unter dem Deckmantel der "humanitären Hilfe" Westdeutschland endgültig zum Aufmarschgebiet gegen das sozialistische Lager machten. Der DGB-Apparat zeigte sich als Unterdrückungsinstrument der Imperialisten, als er die Kämpfe der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen das reaktionäre **Betriebsverfassungsgesetz**, gegen die **Remilitarisierung**, gegen die **Notstandsgesetze** sabotierte und abwürgte.

Von den ersten Anstrengungen der Imperialisten zur Gründung des DGB bis heute verläuft eine gerade Linie: **nie war der DGB eine Kampforganisation der Arbeiterklasse, er ist als imperialistischer Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse von den Imperialisten aufgebaut worden.**

Die Kommunisten waren es, die dagegen von Anfang an den Kampf aufgenommen hatten. Mit allen Mitteln versuchten die Imperialistenknechte, den Einfluß der KPD zurückzudrängen. Weil die KPD in den Betrieben zu stark war, organisierten sie den DGB auf Stadtteilebene um. Mit der Reverspolitik, aufgrund derer jeder Kommunist aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollte, bereitete der DGB-Apparat das Verbot der KPD mit vor.

Vor allen Dingen aber schwächte die nach dem Verbot erfolgte revisionistische Entartung der KPD, als die Reimann-Clique in der KPD-Führung Chruschtschow auf den Weg des revisionistischen Verrats folgte, die Front gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat. **Heute sind die D'K'P-Revisionisten die wichtigste Stütze des DGB-Apparats. Sie versuchen mit allen Kräften, bei der Arbeiterklasse Vertrauen in diese Kampforganisation des Kapitals zu säen.**

Und auch heute sind die DGB-Bonzen und ihre Kampfgefährten von der D'K'P gezwungen, sich vor allen Dingen gegen die Angriffe der Kommunisten zu verteidigen. **Unsere Partei, die KPD/ML, entlarvt ständig in Betriebszeitungen und Flugblättern, auf Betriebsversammlungen und Mitgliederversammlungen den arbeiterfeindlichen, imperialistischen Charakter des DGB-Apparats. Sie treibt den Zusammenschluß zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition voran.**

Der Apparat versucht der wachsenden Opposition mit einer Ausschlußwelle Herr zu werden. Aber mit jedem Ausschluß sehen immer mehr Kollegen klar: der DGB-Apparat muß schonungslos bekämpft, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgebaut werden. **"Nieder mit dem arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat! Vorwärts beim Aufbau der RGO!" – Das ist eine der Kampfparolen der Roten Maidemonstrationen. Heraus zum Roten 1. Mai!**

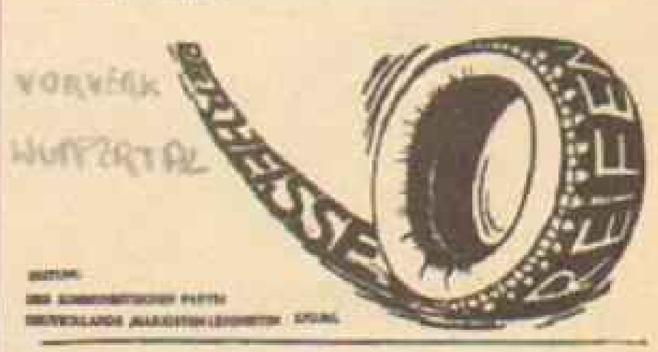


Rote 1. Mai-Demonstration 1972 in Hamburg

BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK

























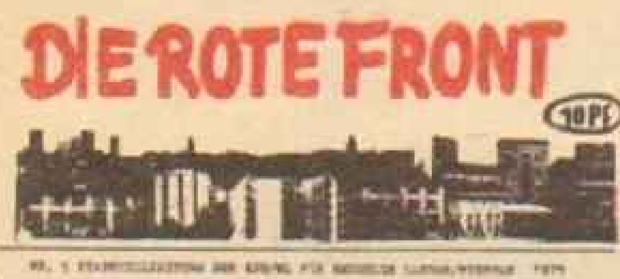


STADTTEILZELLEN GRÜSSEN DAS ZK









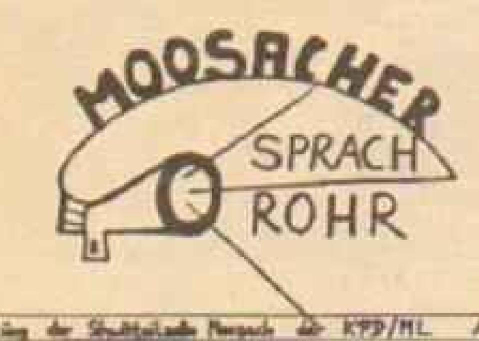


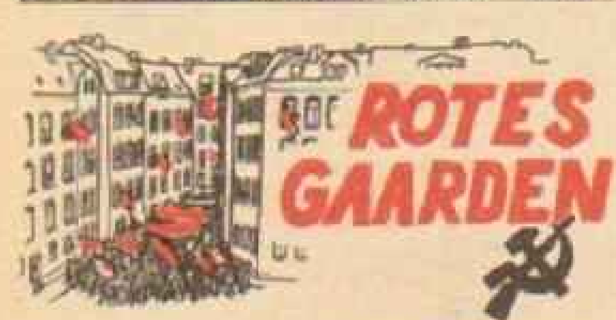
















Fortsetzung von Seite 1

25 JAHRE GRUNDGESETZ

Wer das Grundgesetz verteidigt, verteidigt den Kapitalismus!



Was das deutsche Volk nach dem 2. Weltkrieg forderte, war der Sozialismus.

Die modernen Revisionisten von der D'K'P preisen als den "sozialistischen Gehalt" der Verfassung die Grundrechte. Sie zitieren das Recht auf freie Entfaltung der Person, das Recht auf Meinungsfreiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz, sie zitieren die Verpflichtung des Eigentums für das Allgemeinwohl. Diese Grundrechte, sagen die modernen Revisionisten, seien eine Errungenschaft des deutschen Volkes.

Das ist eine Lüge. Das deutsche Volk wollte damals nach dem 2. Weltkrieg nicht Meinungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Entfaltung der Persönlichkeit für alle. Das deutsche Volk hatte die Lehren aus der Zeit des Hitlerfaschismus und aus dem zweiten Weltkrieg gezogen und es forderte mit aller Macht: Freiheit und Demokratie für das Volk, Unterdrückung und Verurteilung der Faschisten und Kriegstreiber.

Es dachte nicht daran, die Verpflichtung des Eigentums für das Allgemeinwohl zu fordern. Die Millionen Toten des zweiten Weltkrieges hatten zur Genüge bewiesen, daß das Volk von den alten Eigentümern, den Kohle-, Stahl- und Chemiemonopolen nichts zu erwarten hat als Hunger, Elend und imperialistischen Krieg. Was das deutsche Volk forderte, war die entschädigungslose Enteignung der Monopole, war die Enteignung der Großgrundbesitzer, war die Überführung ihres Eigentums in die Hände des Volkes.

Was das deutsche Volk forderte, war der Sozialismus. Auf Betriebsversammlungen, auf Kundgebungen und Demonstrationen wurde die Übernahme der Macht durch das Volk gefordert. 1947 streikten zum Beispiel die Kumpels im Ruhrgebiet unter der Losung: Die Gruben in des Volkes Hand. Aber das deutsche Volk forderte nicht nur, es ging auch tatkräftig daran, eine neue antifaschistische und demokratische Ordnung zu organisieren: in vielen Betrieben bildeten sich Betriebsausschüsse, die die Übernahme der Produktion durch die Arbeiter vorbereiten sollten, Ausschüsse zur Entnazifizierung bildeten sich. Der Wille des Volkes zur Abrechnung mit den alten Unterdrückern zeigte sich vor allem auch darin, daß es daran ging, sich eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen: Überall in der Bundesrepublik bildeten sich Aktionsausschüsse der KPD mit den antifaschistischen Teilen der SPD, Massendemonstrationen forderten die Vereinigung der beiden Parteien, zu einer einzigen starken sozialistischen Arbeiterpartei.

Daß Deutschland ein antifaschistisches, demokratisches und friedliebendes Land werden sollte, das war der Wille aller Völker, die gegen den Hitlerfaschismus gekämpft hatten und vor allem der damals noch sozialistischen Sowjetunion. Dieser Wille fand seinen Ausdruck im Potsdamer Abkommen, zu dessen Unterzeichnung sich die Westmächte bequemen mußten, wenn sie nicht vor der ganzen Welt ihr Gesicht verlieren wollten. Aber während die Sowjetunion und die Rote Armee das deutsche Volk im Osten beim Aufbau dieser neuen Ordnung unterstützten, taten die Westmächte und allen voran die US-Imperialisten alles, um eine solche Ordnung zu verhindern und begannen den westlichen Teil Deutschlands zu einem militärischen Bollwerk gegen die Revolution und gegen den Sozialismus in Europa auszubauen. Und ohne zu zögern verkauften die deutschen Kapitalisten den westlichen Teil Deutschlands an die Westmächte, weil ihnen ein Deutschland in der Hand fremder Imperialisten immer noch lieber war als ein einiges, demokratisches Deutschland in der Hand der Arbeiterklasse.

Weil sie wußten, daß sie ihre imperialistische Diktatur niemals über ganz Deutschland errichten konnten, verhinderten sie jedes Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, spalteten die Nation und bauten neben ihrem Militärapparat einen "deutschen" Staatsapparat auf, um den schon begonnenen Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu zerschlagen und erneut eine imperialistische Diktatur über das deutsche Volk zu errichten.

Die Verabschiedung des Grundgesetzes war der Schlußstrich unter die Teilung Deutschlands und der Beginn des Aufbaus eines neuen deutschen imperialistischen Staatsapparats unter dem Kommando der US-Imperialisten.

Die KPD hat wiederholt gegen die Bildung des Parlamentarischen Rats protestiert, der ein offener Bruch des Potsdamer Abkommens war. Sie hat später gegen das Grundgesetz gestimmt, weil sie gesagt hat, daß hiermit die Spaltung Deutschlands zementiert werden soll, weil hiermit auf westdeutschem Boden wieder ein System errichtet werden soll, daß dem Volk nichts anderes bringen kann als Hunger, Elend und erneute Kriegsbedrohung. 1,9 Millionen Stimmen für die KPD bei den ersten Bundestagswahlen sind der beste Beweis dafür, daß das Volk für das Programm der nationalen Einheit, der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der KPD, für den Sozialismus und gegen diese Spalterverfassung war.

Und in der Tat, kaum war der Bundestag zusammengetreten, legten ihm die US-Imperialisten durch Adenauer ein Gesetz nach dem anderen vor, mit dem die erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse und der übrigen Volksschichten geraubt, Gewaltorgane für die Sicherung der Macht der US-Imperialisten und der deutschen Kapitalisten geschaffen wurden. Der Hauptteil der Gesetze galt der Unterdrückung des Volkes, war vor allem gegen die Kommunisten, gegen ihre Presse, gegen ihre Organisationen gerichtet. So zum Beispiel das berüchtigte Blitzgesetz, mit dem alles, war für die Einheit der Nation, für die Unabhängigkeit Deutschlands und für den Sozialismus war, verboten wurde. Während das Potsdamer Abkommen die Bestrafung der Faschisten vorsah, wurden zum Beispiel im Bundesgrenzschutz, dem Vorläufer der Bundeswehr, fast ausschließlich Wehrmachtsoffiziere eingesetzt; während das Potsdamer Abkommen die Enteignung der Kriegsverbrecher vorsah, enteignete das Adenauerregime stattdessen die Bauern, damit die US-Imperialisten auf ihrem Land ihre Militärstützpunkte errichten konnten. Während das Potsdamer Abkommen ein friedliebendes Deutschland verlangte, wurde mit Hilfe der US-Imperialisten die Rüstungswirtschaft wieder aufgebaut, Westdeutschland aufgerüstet und in den aggressiven Nordatlantikpakt eingegliedert.

Der Wille des deutschen Volkes ist nach wie vor: die Einheit der Nation, Unabhängigkeit und Sozialismus.

Auch heute muß das deutsche Volk dieses Ziel gegen ausländische Mächte erkämpfen: gegen die US-Imperialisten, die ihre Truppen noch immer im Westen Deutschlands stehen haben; gegen die Truppen der Sozialimperialisten, die mit Unterstützung der Honecker-Clique den östlichen Teil Deutschlands besetzt halten. Dieser Kampf um die nationale Befreiung des Volkes muß eng verbunden werden mit dem Kampf um die soziale Befreiung der Arbeiterklasse in der DDR wie in der deutschen Bundesrepublik.

Weder die Lügen der D'K'P vom friedlichen Weg zum Sozialismus über die "Verteidigung der Grundrechte", noch der Verrat der modernen Revisionisten in der DDR werden schließlich verhindern können, daß die Arbeiterklasse in beiden Teilen Deutschlands immer klarer erkennt, daß es nur einen Weg zum Sozialismus gibt: die bewaffnete Revolution, die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats.

ROTE GARDEZELLEN GRÜSSEN DAS ZK



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Amis raus aus Indochina!

Sofortige Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens durch die US-Imperialisten und ihre Lakaien!



In einer feierlichen Erklärung hat die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam die Marionettenregierung in Saigon und deren Herren, die US-Imperialisten, aufgefordert, das Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1973 zu erfüllen.

Das war Ende März und bereits die dritte Aufforderung der Provisorischen Revolutionären Regierung seit einem Jahr. Sie setzte der Saigoner Verwaltung eine Frist bis zum 30. Juni, zur Einstellung der Kampfhandlungen, zur Entlassung der politischen Gefangenen und zur Verwirklichung der geforderten demokratischen Freiheiten im Verwaltungsgebiet der Thieu-Clique. Am 16. April bewies das Saigoner Faschistenregime erneut, daß es nicht daran denkt, die Vertragsbedingungen zu erfüllen: Mit der unverschämten Lüge, die Provisorische Revolutionäre Regierung habe das Abkommen verletzt, zog Thieu seinen Gesandten bei den Pariser Gesprächen zur Bildung eines "nationalen Rates der Versöhnung" zurück.

Die US-Imperialisten brechen alle Verträge

Nicht, weil sie Indochina Freiheit und Frieden bringen wollen, wie sie immer behaupten, haben die US-Imperialisten und die Thieu-Clique dem Pariser Abkommen zugestimmt, sondern weil ihre militärische Niederlage sicher, die weltweite Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas unüberwindlich geworden war. In Wahrheit aber beendete Nixon den Krieg keineswegs, suchte er neue Wege, die Herrschaft der US-Aggressoren in Indochina aufrechtzuerhalten. "Der Waffenstillstand bedeutet nicht das Ende des Krieges", verkündete Thieu noch vor Inkrafttreten des Abkommens. Und die US-Zeitung "US News und World Report" schrieb am 29. Januar 1973, einen Tag nach der Unterzeichnung: "Ziel ist es, sich bis in die umstrittenen Gebiete, ja bis in die von den Kommunisten kontrollierten Gebiete vorzudringen." 6.000 Zivilpersonen wurden verletzt oder getötet.

Ebenso wenig wurde die Forderung nach Abzug der US-Imperialisten erfüllt. Unter dem Deckmantel der "Vietnamesierung", "Khmerisierung" usw. führten sie ihren Raubkrieg in Indochina fort. Allein im Gebiet Saigons gibt es mehr als 24.000 Militärberater der USA. Die militärischen Organisationen, der Geheimdienst der US-Imperialisten setzten ihre Verbrechen unter einem anderen Namen fort. Die Waffenlieferungen Nixons wurden nicht eingestellt, sondern verstärkt. Systematisch verzögerten die US-Imperialisten die Räumung des Landes, die Säuberung der verminten Küsten und Landstriche. In der letzten Zeit haben sie ihre Aggression erneut verstärkt durch Sabotageflüge, größere



lierten Gebiete vorzuschieben." Von Anfang an wiesen die US-Imperialisten ihre Marionette Thieu an, den Vertrag zu brechen, den Krieg fortzusetzen. Keine einzige der Bedingungen der Provisorischen Revolutionären Regierung wurde voll erfüllt:

Vom 28. Januar bis zum 15. Dezember 1973 kam es zu 301.097 Verletzungen des Abkommens durch Saigon: In Feuerüberfällen, Luftangriffen, und Sabotageakten versuchte die Thieu-Clique, getreu den US-Weisungen, "in

Waffenlieferungen. Mehrmals drohte Nixon mit einer neuen Invasion. Ein Großteil der US-Truppen wurde von vorneherein nicht abgezogen, sondern in Thailand stationiert – zum Einsatz jederzeit bereit. Daß niemand den Lügen dieser Verbrecher Glauben schenken darf, zeigte sich erst in den letzten zwei Wochen: "Wir ziehen 10.000 Soldaten aus Thailand ab", tönte Nixon – zur gleichen Zeit deckten die Volksbefreiungsstreitkräfte in Kambodscha die verbrecherischen Pläne der US-Imperialisten auf, die in diesem Jahr 10.000 Mann in Kambodscha einfallen lassen wollen. Heißt das vielleicht, Besatzertruppen abzuziehen?

Ebensowenig wurden zwei weitere wichtige Punkte des Abkommens erfüllt: Entlassung aller politischen Gefangenen und Verwirklichung aller demokratischen Freiheiten in Südvietnam. Die politischen Häftlinge, die Thieu unter den unmenschlichsten Bedingungen eingekerkert hält, wurden nicht entlassen, ihre Zahl erhöht sich jeden Tag. Mehr als 200.000 Kommunisten, Patrioten, fortschrittliche antiimperialistische und antifaschistische Kräfte werden noch heute in den "Tigerkäfigen" krank und zu Tode gefoltert. 266.000 Dollar gaben die US-Imperialisten im vergangenen Jahr aus, um diesen Punkt des Abkommens zu sabotieren: Zum Bau neuer Gefängnisse. Ebenso wurden die Forderungen nach Meinungsfreiheit, Freiheit der Person, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit, Freiheit bei der Wahl des Wohnsitzes, der Arbeit und Existenzmittel erfüllt. Ohne die Verwirklichung dieser Freiheiten aber wäre jede Wahl in Vietnam eine Farce!

Während die US-Imperialisten Milliarden an Thieu zahlen, haben sie bis heute keinen einzigen Dollar zur Wiedergutmachung der ungeheuren Kriegsschäden in Nordvietnam gezahlt und damit einen weiteren Punkt des Waffenstillstandsabkommens sabotiert.

Ehe nicht diese sämtlichen Bedingungen des Pariser Vertrages von den US-Imperialisten und der Saigoner Verwaltung vollkommen erfüllt sind, kann es in Südvietnam weder freie Wahlen geben noch der Rat der Nationalen Versöhnung, der diese Wahlen vorbereiten soll, eingesetzt werden – das erklärte die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam am 22. März 1974.

Um die Durchsetzung der Verträge kämpfen!

Die unverschämten Aggressionshandlungen, die Morde, Folterungen, die Kriegshandlungen der Saigoner Clique haben ihre Ziele nicht erreicht! Unter dem Deckmantel des "Waffenstillstandes" wollten die US-Imperialisten ihren Herrschaftsbereich in Südvietnam weiter ausdehnen, die Provisorische Revolutionäre Regierung in die Knie zwingen. In Wahrheit aber hat das Volk Vietnams neue Siege auf seinem Weg zu Frieden und Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus erzielt. Gebiete, in denen sich die US-Imperialisten und ihre Marionette Thieu auch nach dem Waffenstillstandsabkommen zu Unrecht eingenistet hatten, wurden befreit. So hatten sich die Thieu-Truppen in der Stadt Tong le Chan verschanzt, die mitten im Gebiet der Provisorischen Revolutionären Regierung liegt. Am 12. April wurde Tong le Chan befreit. Die US-Imperialisten verloren damit einen ihrer wichtigsten Stützpunkte an der Nordfront. Zur gleichen Zeit verlor die Saigoner Verwaltung einen Militärstützpunkt im Zentralen Hochland. Auch die unverschämte Absicht der US-Imperialisten, südvietnamesische Söldnertruppen gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte in Kambodscha und Laos einzusetzen, sind weitgehend gescheitert. In den befreiten Gebieten und in der Demokratischen Republik Vietnam geht der Aufbau des Landes zügig voran. Der Plan für 1974 wurde z.B. in der Demokratischen Republik Vietnam im ersten Quartal des Jahres übererfüllt.

Je offener die Drohung der US-Imperialisten, je aggressiver die Kampfhandlungen der Saigoner Verwaltung werden, desto notwendiger wird die Unterstützung der Provisorischen Revolutionären Regierung bei ihrem Kampf um die Durchsetzung des Pariser Waffenstillstandsabkommens. Das Volk will und wird seine inneren Angelegenheiten selbst regeln, ohne Einmischung und Aggression durch die verbrecherischen US-Imperialisten.

Die weltweite Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk war eine scharfe Waffe, die die US-Imperialisten immer fürchteten, die beitrug zum Sieg des Volkes über die US-Aggressoren. Jetzt, wo die Nixon-Bande immer stärker versucht, das Waffenstillstandsabkommen zu brechen und ihre Aggression in Vietnam fortzusetzen, gilt es, jeden neuen Anschlag auf die Souveränität Südvietnams, jede neue amerikanische Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zurückzuweisen. Das Volk Vietnams wünscht, "ein friedliches, unabhängiges, demokratisches neutrales und blühendes Südvietnam aufzubauen und zur friedlichen Wiedervereinigung des Landes voranzuschreiten." Jeder neue Anschlag auf das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes muß von uns entschieden zurückgewiesen werden! Der Kampf um die Freiheit Vietnams ist noch nicht zu Ende. Die Provisorische Revolutionäre Regierung hat alle fortschrittlichen Menschen aufgefordert, "ihre Unterstützung für den gerechten Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung weiter zu verstärken und von den USA und der Saigoner Verwaltung die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens und des gemeinsamen Kommuniques vom 13.6. 73 zu fordern."

"Bei der Unterstützung dieses Kampfes (der Tageskämpfe der Arbeiter -RM) müssen die Sozialisten stets auf seinen Zusammenhang mit dem Befreiungskampf des Proletariats in allen Ländern hinweisen. Und der 1.Mai muss der Tag sein, an dem die Arbeiter die feierliche Erklärung abgeben, dass sie sich dieses Zusammenhanges bewusst sind und sich diesem Kampf mit aller Entschlossenheit anschliessen."

Lenin, Vorwort zu der Broschüre "Die Maitage in Charkow" Nov. 1900

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Die Sowjetunion heute: EIN KAPITALISTISCHER STAAT, EINE IMPERIALISTISCHE SUPERMACHT

Nach der sozialistischen Oktoberrevolution, als in der Sowjetunion unter Lenin und nach seinem Tode unter Stalin der Sozialismus aufgebaut wurde, da war an jedem 1. Mai des internationalen Proletariats eine wichtige Parole: Hände weg von der Sowjetunion! Damals galt es für das internationale Proletariat und die Völker der Welt, das Herz der Weltrevolution, das Bollwerk des Sozialismus gegen alle Angriffe des Imperialismus zu verteidigen und zu schützen.

Und heute am 1. Mai? Heute muß entschieden der Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus geführt werden. Revisionisten vom Schlage Chruschtschows und Breschnews haben den Kapitalismus restauriert, die Diktatur des Proletariats in eine faschistische Diktatur der Bourgeoisie nach der Art Hitlers verwandelt und die Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht gemacht, die mit Aggression und Subversion über die Völker der Welt herfällt und die in dem wahnsinnigen Vorhaben, die Weltherrschaft zu erringen, mit einem neuen imperialistischen Weltkrieg droht.



Polnische Arbeiter demonstrieren am 1.Mai in Szczecin. Einige tragen Trauerbinden. Auf dem Transparent steht: Wir fordern die Bestrafung der Schuldigen für die Dezember-Verbrechen! Im Dezember 1970 wurden zahlreiche Arbeiter von Panzern der Gomulka-Gierek-Clique, den treuen Vasallen des Sozialimperialismus erschossen, als sie sich gegen die revisionistische Herrschaft erhoben.

Nach Stalins Tod war es Chruschtschow und seine Clique, die die Partei- und Staatsführung an sich gerissen hatte und unter dem Mantel des "Kampfes gegen den Personenkult" den Revisionismus verbreitete. "Kampf gegen den Personenkult Stalins", das war der konterrevolutionare Kampf der Revisionisten gegen all das, wofür Millionen Proletarier den Namen Stalins rühmten.

"Kampf gegen den Personenkult Stalins", das war in Wahrheit Kampf gegen den revolutionären proletarischen Internationalismus Stalins, den die Revisionisten mit ihrer Theorie von der "friedlichen Koexistenz" durch die konterrevolutionäre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus ersetzten. "Kampf gegen den Personenkult Stalins", das hieß in Wahrheit Kampf gegen die prinzipienfeste Treue Stalins zum Marxismus-Leninismus. Das war der Kampf der Revisionisten gegen den konsequenten Standpunkt, daß nur die bewaffnete Revolution, der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie und die Zerschlagung ihres Staatsapparates zum Sozialismus führen kann. Die modernen Revisionisten präsentierten stattdessen ihre konterrevolutionäre Lüge vom "friedlichen Übergang" zum Sozialismus. Und aus der Diktatur des Proletariats, aus der unumschränkten Herrschaft der Arbeiterklasse zu Stalins Zeiten machten sie einen sogenannten "Staat des ganzen Volkes", eine faschistische "Volksgemeinschaft" nach der Art Hitlers, in der der Klassenkampf geleugnet werden soll, um die Gewaltherrschaft der Bourgeoisie zu tarnen.

Der Machtantritt Chruschtschows, das war der Machtantritt des Revisionismus in der Sowjetunion. Und wie Genosse Mao Tsetung feststellt: "Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie." Schritt für Schritt hat die neue Bourgeoisie unter Chruschtschow und Breschnew den Kapitalismus restauriert. Die Landwirtschaft wurde weitgehend wieder privatisiert, "freie Märkte" geschaffen, Profitbeteiligung für Unternehmensleitungen wieder eingeführt – eine neue privilegierte bürokratische Bourgeoisie ist es, die heute die sowjetische Wirtschaft kontrolliert und die Arbeiterklasse sowie das ganze Volk ausbeutet.

Nicht anders wie in allen kapitalistischen Ländern wird auch die Sowjetwirtschaft heute von heftigen Wirtschaftskrisen geschüttelt, und nicht anders wie in allen kapitalistischen Ländern bedeutet das für die Werktätigen der Sowjetunion verschärften Lohnraub, ständige Teuerung, Arbeitslosigkeit und Verelendung. Unsere Klassenbrüder in der Sowjetunion, die einst mit Stolz behaupten konnten, Herrscher ihres Landes zu sein, sie sind wieder zur Lohnarbeit gezwungen und zu Arbeitssklaven der neuen Bourgeoisie gemacht worden. Mit der ganzen Gewalt, zu der der faschistische Staatsapparat der Sowjetunion fähig ist, versucht die Bourgeoisie den Widerstand und den Kampf der sowjetischen Werktätigen gegen die neuen Herren und Ausbeuter am Boden zu halten.



Der Überfall auf die Tschechoslowakai hat die neuen Zaren im Kreml vor aller Welt offen und eindringlich entlarvt als das, was sie sind: gefährliche Sozialimperialisten.

Aber die neue Bourgeoisie begnügt sich nicht damit, die Werktätigen der Sowjetunion auszupressen und zu unterjochen. Unter der verlogenen Theorie von der "internationalen Arbeitsteilung" und der "begrenzten Souveränität" herrschen die neuen Zaren im Kreml ebenfalls über die Länder Osteuropas, in denen zu Lebzeiten Stalins im Schutz und mit Unterstützung der Sowjetunion der Sozialismus aufgebaut wurde. War der "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) damals ein Instrument, um den wirtschaftlichen Aufbau des Sozialismus in diesen Ländern zu unterstützen, so ist er heute ein Instrument zur beispiellosen Ausplünderung Osteuropas. War der Warschauer Vertrag unter Stalin eine undurchdringliche Mauer gegen den Imperialismus zum Schutz der sozialistischen Länder, so haben die neuen Zaren im Kreml ihn zu Mauern eines Gefängnisses der Völker Osteuropas verwandelt.

Einzig das sozialistische Albanien hat unter der Führung seiner Partei der Arbeit mit Enver Hoxha an der Spitze konsequent den Kampf gegen den modernen Revisionismus und gegen alle Angriffe der neuen Zaren im Kreml geführt. Unbeirrt und heller denn je strahlt dieses Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa und über seine Grenzen hinaus.

Für die Sowjetunion aber gilt heute, was Lenin bereits vor Jahrzehnten verdammte: "Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat." Der Überfall auf die Tschechoslowakei hat die neuen Zaren im Kreml vor aller Welt offen und eindringlich entlarvt: sie sind gefährliche Sozialimperialisten.

Auf der ganzen Welt ringen die sowjetischen Sozialimperialisten mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft. Alle Anstrengungen konzentrieren sie darauf, ihre Kriegsmaschinerie zu vergrößern und im Wettrüsten den US-Imperialismus zu übertreffen. In Europa stehen sie sich heute auf deutschem Boden Grenze an Grenze gegenüber und bereiten sich auf einen Waffengang vor. Vom Ringen des sowjetischen Sozialimperialismus mit dem US-Imperialismus geht heute die Hauptgefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges aus.

Für die Völker der Welt, für die die Sowjetunion Lenins und Stalins einst Hoffnung und Zuversicht in ihrem Kampf bedeutete, ist die Sowjetunion der Chruschtschows und Breschnews neben dem US-Imperialismus zum gefährlichsten Feind geworden, von dem nichts anderes zu erwarten ist als konterrevolutionäre Sabotage am Befreiungskampf der Völker, imperialistische Aggression und Subversion.

War zu Zeiten Lenins und Stalins, als die Sowjetunion noch Zentrum und Basis der Weltrevolution war, die Haltung zur Sowjetunion das Kriterium des proletarischen Internationalismus, so gilt das heute, wie Genosse Enver Hoxha, der Vorsitzende der Partei der Arbeit Albaniens sagt, im umgekehrten Sinne: "Revolutionär und Internationalist ist heute derjenige, der die Sowjetrevisionisten bekämpft, ihren Verrat entlarvt, mit allen Kräften ihre antimarxistische und imperialistische Politik und Linie zurückweist."

Dieser sozialimperialistischen Supermacht gilt am 1. Mai nicht der Gruß des internationalen Proletariats, sondern das Versprechen, nicht eher zu ruhen, als bis diese aggressive Supermacht ebenso wie der US-Imperialismus niedergerungen worden ist.

Heute gilt unser revolutionärer Gruß dem wahrhaften Zentrum der Weltrevolution, dem wahrhaften Bollwerk des Sozialismus, der Volksrepublik China. Die Volksrepublik China ist es heute, und fest an seiner Seite das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, das sozialistische Albanien, daß die Hoffnungen der Werktätigen der Welt verkörpert, in dem das internationale Proletariat sein grosses Vorbild erblickt, dem es nacheifert und das es entschlossen gegen alle Angriffe und besonders gegen die der sowjetischen Sozialimperialisten verteidigen wird.

Lied der Partei

Sie hat uns alles gegeben,
Sonne und Wind, und sie geizte nie.
Und wo sie war, war das Leben,
Und was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen,
Wenn die Welt fast erfror, war uns warm,
Uns führte die Mutter der Massen,
Es trug uns ihr mächtiger Arm.

Die Partei, die Partei, die hat immer recht,
Genossen, es bleibt dabei!
Denn wer für das Recht kämpft, hat immer recht,
Gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt
Ist dumm oder schlecht,
Wer die Menschheit verteidigt
Hat immer recht;
Denn aus Lenin'schem Geist
Wächst von Stalin geschweißt
Die Partei, die Partei, die Partei.

Sie hat uns niemals geschmeichelt;
Sank uns im Kampf aber einmal der Mut,
Dann hat sie uns leis nur gestreichelt:
"Zagt nicht" – und gleich war uns gut.
Zählt denn noch Schmerz und Beschwerde,
Wenn dem Guten das Gute gelingt,
Wenn man den Ärmsten der Erde,
Freiheit und Frieden nun bringt.

Die Partei, die Partei, die hat immer recht...

Sie hat uns alles gegeben,
Ziegel zum Bau und den großen Plan.
Und sprach: "Jetzt baut Euch das Leben,
Vorwärts Genossen, fangt an!"
Hetzen Hyänen zum Kriege,
Bricht die Welt, die ihr baut, ihre Macht,
Dann zimmert das Haus und die Wiege,
Bauleute, seid auf der Wacht.

Die Partei, die Partei, die hat immer recht...

Die Partei hat immer recht? Das behaupten doch gerade auch die Bonzen und Apparatschiks in der DDR und in der Sowjetunion, und dann immer feste drauf auf die Arbeiter! Wie konnt ihr da sagen, daß die Partei immer recht hat?

Das Lied selbst sagt es: "Wer für das Recht kämpft, hat immer recht gegen Lüge und Ausbeuterei!" Doch kämpft die Partei der Breschnews, kämpft die Partei der Honecker für das Recht, für die Wünsche und Hoffnungen der werktätigen Massen? Nein, sie selbst sind die Führer einer neuen Bourgeoisie, die die Werktätigen ausbeutet und unterjocht. Jedes Wort des Sozialismus, das über ihre Lippen kommt, ist durch und durch Lüge! Das ist es, was viele Menschen vor Augen haben, wenn sie sagen, die Partei hat nicht immer recht.

Aber es ist weder die Partei der Breschnews, noch die Partei der Honecker oder die der Bachmann und Mies, die das Lied besingt. Diese Parteien bringen den Ärmsten der Armen nicht Frieden und Freiheit, sondern halten einzig das Joch des Imperialismus für sie bereit. Sie sind nicht aus dem Geiste Lenins und Stalins gewachsen und geschweißt. Sie sind Parteien des revisionistischen Verrats.

Wie die Revisionisten vom Schlage Chruschtschows und Breschnews die Partei Lenins und Stalins verraten und in eine Partei des Sozialimperialismus verwandelt haben, so nicht anders in Westdeutschland die Bachmann und Mies, die mit ihrer D'K'P das Erbe Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns in den Schmutz getreten und die alte KPD zu einem willigen Diener der westdeutschen Monopolbourgeoisie gemacht haben. Sie verkörpern Lüge und Ausbeutung, gegen sie richtet sich das Recht der kämpfenden Massen.

Und doch: "Die Partei hat immer recht, Genossen, es bleibt dabei!" Daran ändert sich nichts. Der Verrat der modernen Revisionisten hat in Westdeutschland nicht verhindern können, daß die wahrhaften Kommunisten der alten KPD, die prinzipienfest am Marxismus-Leninismus festhielten und das Banner Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns festhielten, eine neue revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei gründeten, die KPD/ML.

Sie ist es, die im Kampf gegen den revisionistischen Verrat den Massen den Weg weist, um zu Frieden und Freiheit zu gelangen: den Weg der bewaffneten Revolution, den Weg der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Ist sie heute auch noch eine junge Partei, so werden im Verlauf der bevorstehenden Kämpfe immer breitere Teile des Proletariats erkennen: sie hat recht.

BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK



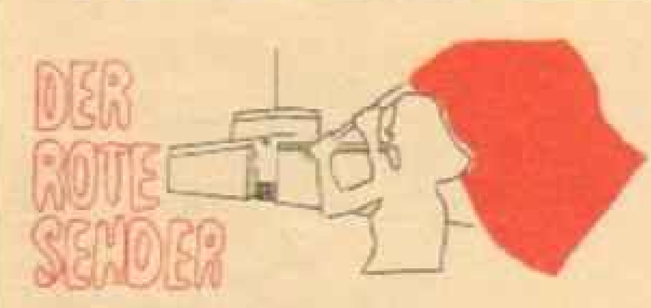






















Arbeitermacht in Albanien!

Am 1. Mai blicken die Arbeiter, die Ausgebeuteten und Unterdrückten auf der ganzen Welt in besonderer Verbundenheit und voller Klassenstolz auf die sozialistischen Länder. In enger Verbundenheit, weil sie mit den sozialistischen Ländern in einer Kampffront stehen gegen Imperialismus, Faschismus und imperialistischen Krieg, für die Weltrevolution, Sozialismus und Weltfrieden. Voller Klassenstolz, weil die sozialistischen Länder, in denen unsere Klassenbrüder die politische Macht bereits erobert haben, davon künden, daß die Arbeiter und das werktätige Volk einst die Herren der ganzen Welt sein werden, einer Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung, Imperialismus, Faschismus, Krise und Krieg. Und die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern lernt aus den Erfahrungen ihrer siegreichen Klassenbrüder für den Weg ihrer eigenen Befreiung.

Schauen wir auf das sozialistische Albanien, das die albanischen Arbeiter und Bauern unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens gegen alle äußeren und inneren Feinde zum Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa machten.

Mit der Waffe in der Hand, im nationalen Befreiungskampf hat das albanische Volk unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens (PdAA) die italienischen und deutschen Faschisten aus dem Land gejagt, die einheimischen Ausbeuter und Unterdrücker gestürzt, Die alten Ausbeuter wurden enteignet, die Betriebe verstaatlicht, der Großgrundbesitz in sozialistisches Eigentum überführt. Aber mit diesem Triumph der Volksrevolution, bei der die Arbeiterklasse mit ihrer Kommunistischen Partei an der Spitze die führende Rolle spielte, war der Klassenkampf keineswegs beendet.

Auch wenn die Ausbeuterklassen geschlagen und gestürzt sind, geben sie den Kampf um die Rückeroberung der Macht, um die Wiedererrichtung des Kapitalismus, nicht auf. Und sie finden Unterstützung bei den ausländischen Imperialisten. Darum muß die Arbeiterklasse, nachdem sie den alten Ausbeuterstaat in der gewaltsamen Revolution zerschlagen hat, ihren Staat errichten, um die alten Ausbeuter, die wieder zur Herrschaft streben, niederzuhalten, um den Sozialismus zu verteidigen.

Jeder Staat ist der Machtapparat, die Diktatur der herrschenden Klasse. Der bürgerliche Staat bei uns ist die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk. Der Arbeiterstaat ist wie in der Volksrepublik Albanien die Diktatur des Proletariats, das jetzt im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten die alten Ausbeuter unterdrückt, um die Wiedererrichtung des Kapitalismus, den Rückfall in Lohnsklaverei und Knechtschaft zu verhindern. Zur Verteidigung ihrer sozialistischen Errungenschaften haben die Arbeiter und Bauern Albaniens die Volksarmee, die Organe der Staatssicherheit, die Volksgerichtsbarkeit usw. geschaffen. Die Kapitalisten müssen nicht nur gewaltsam gestürzt, sie müssen auch nach der Revolution gewaltsam niedergehalten werden. – Das ist eine wichtige historische Erfahrung der Arbeiterklasse, die sie in ihrem langen Kampf für den Sozialismus gemacht hat.
Der entscheidende Schlag zur Festigung der Diktatur des Proletariats aber wird heute in der VR Albanien gegen den modernen Revisionismus geführt, gegen die Gefahr des Aufkommens einer neuen Bourgeoisie, die die Macht an sich reißt, um den Kapitalismus wie in der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern wieder zu restaurieren.

Der große Führer der Partei der Arbeit Albaniens, und des gesamten albanischen Volkes, Genosse Enver Hoxha, stellte auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens fest: "Der allgemeine Weg zur Festigung der Diktatur des Proletariats, des ganzen sozialistischen Systems, ist die Entfaltung der Demokratie der Massen". Diese Feststellung des Genossen Enver Hoxha entlarvt die Behauptung der kapitalistischen Ideologen, die Diktatur des Proletariats sei in Wirklichkeit die Diktatur einer Handvoll "Parteibürokraten", als plumpe Hetze. Es ist vielmehr so, wie Genosse Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens weiter ausführte: "Ohne sozialistische Demokratie kann es keine Diktatur des Proletariats geben, genau so wie es keine wahre Demokratie für die Werktätigen ohne die Diktatur des Proletariats geben kann."

Die Arbeiter und Bauern Albaniens sind durch die Abschaffung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln nicht nur zu den Herren der Produktion geworden, sie sind die Herren des Landes. Sie wählen ihre Vertreter demokratisch in die Staatsorgane aller Ebenen. Sie haben das Recht auf Abberufung ihrer gewählten Abgeordneten, die ständig Verbindung mit den Massen halten müssen, wenn diese ihr Vertrauen mißbrauchen. Auch die Richter werden in Albanien vom Volk gewählt.

Die schärfste Waffe aber, durch die die albanische Arbeiterklasse ihre führende Rolle im Staat verwirklicht, ist ihre Kommunistische Partei, die Partei der Arbeit. Sie ist untrennbar mit der Arbeiterklasse, mit dem ganzen albanischen Volk verbunden. In den Jahren des Befreiungskampfes und des sozialistischen Aufbaus hat sie sich das uneingeschränkte und unerschütterliche Vertrauen des Volkes erworben. Sie ist aufgrund ihres revolutionären Programms, ihrer praktischen Politik und ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung die Partei der Arbeiterklasse.

Hoxha sagte dazu auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens: "Entscheidend ist hier die direkte Kontrolle der Arbeiterklasse. Die Arbeiterkontrolle von unten ist eine Notwendigkeit und ein Grundprinzip des sozialen Lebens während der gesamten historischen Periode des Sozialismus. Diese Kontrolle, welche unter der Führung und der Kontrolle der Partei ausgeübt wird, ist einer der Ausdrücke der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der aktiven proletarischen Demokratie. Sie ist eine scharfe Waffe im Kampf gegen den Bürokratismus und die fremden Einflüsse im sozialen Leben und im Bewußtsein der Werktätigen, ist eine sehr wirksame Form der proletarischen Erziehung der Arbeiterklasse selbst, ist ein mächtiger Ansporn, um den Sozialismus voranzutreiben. Wir sehen in der Arbeiterkontrolle eine der Hauptgarantien, um die Gefahr des Revisionismus und der Rückkehr zum Kapitalismus zu bannen.'



1. Mai-Demonstration in Tirana

Um zu sehen, wie die Partei der Arbeit Albaniens die Arbeiterklasse mobilisiert, damit sie bei allen Entscheidungen mitarbeitet, Initiativen entwikkeit und so ihre führende Rolle wahrnimmt, ist es aufschlußreich kennenzulernen, wie die 5-Jahrespläne erstellt werden.

Zunächst wird der unter der Führung der Partei auf Staatsebene aufgestellte Planentwurf für die Regionen und schließlich für jede Fabrik konkretisiert. Hier diskutieren die Arbeiter die Zielsetzungen des Plans. Sie kennen die bei der Produktion auftretenden Probleme und wissen, was erreichbar ist. In allen Abteilungen, Brigaden und im Fabrikmaßstab bestehen Planungsräte, in denen Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Ökonomen sind. Die ganze Plandiskussion wird von der Partei angeleitet. So fassen die Betriebsparteizellen die Ergebnisse der Diskussion mit den Massen zusammen. Sie laden dazu auch Kollegen zu den Zellensitzungen ein, die nicht Mitglieder der Partei sind. Schließlich schlägt die Betriebsparteizelle einen Plan für das gesamte Werk vor, der dann auf der Betriebsversammlung diskutiert und beschlossen, bis er schließlich für die gesamte Volksrepublik in der Vollversammlung verabschiedet wird. Erst nach dieser umfassenden Diskussion auf allen Ebenen wird der Plan Gesetz.

Die bürgerliche Presse will uns einreden, im Sozialismus hätten die Arbeiter nur die von den "Parteibürokraten" beschlossenen Pläne zu erfüllen. In Wirklichkeit haben wir gesehen, daß im sozialistischen Albanien die Arbeiter und die anderen Werktätigen unter der Führung ihrer Partei die Pläne auch aufstellen und beschließen. Sie sind die Herren der Produktion.

Die Arbeiterklasse Albaniens hat die Macht im Staat. Aber gleichzeitig übt sie unter der Führung ihrer Partei von unten die Kontrolle über die Durchführung ihrer Politik aus. Genosse Enver

Die Arbeiterklassenkontrolle hat verschiedene organisatorische Formen. So werden z.B. von der Gewerkschaft, in der praktisch jeder albanische Arbeiter organisiert ist, Kontrollgruppen organisiert, die Kontrollen in allen betrieblichen Einrichtungen durchführen, z.B. in Verwaltungen, Krankenhäusern usw. Die Kontrollgruppe diskutiert die Fehler mit den Verantwortlichen und macht Vorschläge, wie sie behoben werden können. Die Arbeiterklassenkontrolle beobachtet und kritisiert also nicht nur, sondern sie greift auch direkt in die Praxis ein.

Für die gegenseitige Kontrolle und Erziehung der Arbeiterklasse ist die persönliche Gegenüberstellung, in der die Fehler der Genossen kritisiert werden und in der Selbstkritik geübt wird, von großer Bedeutung. So ist die Arbeiterklassenkontrolle auch ein Instrument der Arbeiterklasse, um sich selbst zu erziehen, damit sie ihre führende Rolle noch besser wahrnehmen kann.

Völlig falsch wäre es zu glauben, die Arbeiterklassenkontrolle sei gegen die Partei und den Staat gerichtet. Die Arbeiterklassenkontrolle erstreckt sich zwar auch auf die Kader und die verschiedenen Ebenen der Partei, aber die wird auch von der Partei angeführt, denn die Partei geht auch in der Kritik und der Korrektur dieser Fehler voran.

Unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei hat die albanische Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten die Diktatur des Proletariats gegen alle äußeren Feinde und gegen alle Versuche der revisionistischen Machtergreifung verteidigt. Die Partei der Arbeit Albniens hat stets unerschütterlich an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festgehalten und den revisionistischen Verrat entschlossen bekämpft. Unter ihrer Führung sind die Arbeiter und Bauern Albaniens die Herren der Produktion des Landes und ihres Schicksals.

BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK























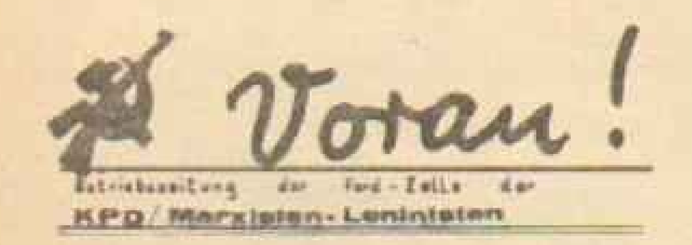






BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK























ES LEBE DIE F.R.A.P.!



Grossveranstaltung in Gelsenkirchen

"FRAP FRAP FRAP – Guerra Popular!" immer wieder erklang diese Parole für die Antifaschistische, Revolutionäre und Patriotische Front des spanischen Volkes, für den Volkskrieg, im überfüllten Saal des Hans-Sachs-Hauses in Gelsenkirchen. Rund tausend Menschen, Spanier, Deutsche, chilenische Emigranten, Vertreter der Patriotischen Einheitsfront der Türkei, Vertreter der Föderation iranischer Studenten, Vertreter der Organisation griechischer Marxisten-Leninisten und viele Genossen der KPD/ML und der Roten Garde waren der Einladung der FRAP und der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft gefolgt, um zum 43. Jahrestag der Gründung der 2. spanischen Republik ihre kämpferische Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen den US-Imperialismus, gegen Franco, gegen die Monarchie – für eine föderative Volksrepublik auszudrükken.

Besonders begeistert wurde Alvarez del Vayo, Minister der 2. spanischen Republik, heute Mitglied der FRAP begrüßt.

Alvarez del Vayo geißelte besonders scharf die modernen Revisionisten Spaniens in der P"C"E, die das spanische Volk mit ihrem "Pakt für den Frieden" von seinem revolutionären Weg zum bewaffneten Sturz des Yankee-Francismus abbringen wollen. Aber wer einen Pakt mit der Kirche, mit faschistischen Generalen und anderen Todfeinden des Volkes schließen will, der ist kein Antifaschist, der steht auf der anderen Seite der Barrikade. Deshalb geraten die Revisionisten genau wie die Imperialisten und Franco selber in immer größere Isolierung. In Spanien, sagte Alvarez del Vayo, steht die Revolution heute vor der Tür. Die Macht der US-Imperialisten und des Franco-Regimes, die sich auf die faschistische Gewalt stützt, wird, wie der Vertreter der FRAP sagte, durch das bewaffnete Volk gestürzt werden.

Jeder Sieg des spanischen Volkes ist auch ein Sieg der anderen Völker der Welt und besonders Europas. Denn ein sozialistisches Spanien wird den beiden Supermächten, die sich bei ihrem Kampf um die 'Vorherrschaft der Welt gegenwärtig auf Europa konzentrieren, einen gewaltigen Schlag versetzen.

In dieser wachsenden Solidaritätsbewegung werden auch solche Spalterorganisationen wie die Gruppe Rote Fahne Dortmund, die sich unverschämterweise KPD nennt und die Liga gegen den Imperialismus immer mehr isoliert werden. Diese Organisationen arbeiten mit trotzkistischen Organisationen in Spanien wie der MCE zusammen. Auf der Veranstaltung der FRAP und der Freundschaftsgesellschaft erschlichen sie sich das Mikrophon. Als sie dort von den wirklichen Freunden des spanischen Volkes vertrieben wurden, folgten sie demonstrativ während der Übersetzung der Rede von Alvarez del Vayo den Saal. Nichts kann deutlicher zeigen als dieser unverschämte Angriff auf die FRAP, daß diese Spalter das Wort internationale Solidarität allein deshalb im Munde führen, um ihr revisionistisches und trotzkistisches Süppchen zu kochen.

Aber gegen solche Spaltungsversuche wird sich der revolutionäre Kampfbund zwischen dem deutschen und dem spanischen Volk nur noch fester zusammenschließen. Der beste Beweis dafür ist das Erstarken der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft. Die ruhmreiche, kämpferische Tradition dieser Freundschaft, auf die der Vertreter der Freundschaftsgesellschaft in seiner Rede einging, lebt noch heute lebendig fort in den Liedern der internationalen Brigaden, die vom Agit-Prop-Trupp der KPD/ML vorgetragen wurden.

Heute nimmt diese Solidarität einen neuen Aufschwung, das zeigten die Kämpfe gegen die Ermordung des Revolutionärs Puig, das zeigt der Kampf um die Freilassung der drei Antifaschisten und Patrioten Spaniens, die in Düsseldorf inhaftiert sind. Über 2.000 DM wurden auf der Veranstaltung zu ihrer Unterstützung gesammelt. In einer Resolution protestierten die Besucher der Veranstaltung gleichzeitig gegen die Verschleppung von Cornelia Baer, die aktives Mitglied der Freundschaftsgesellschaft ist.

Genausowenig wie der Terror des Yankee-Franco-Regimes den revolutionären Sieg des spanischen Volkes verhindern wird, genausowenig wird die politische Unterdrückung durch den westdeutschen Imperialismus, der mit diesem verbrecherischen Regime zusammenarbeitet, die Solidarität des deutschen Volkes aufhalten können. "Sieg im Volkskrieg – Klassenkampf im eigenen Land!" – das ist die Losung, mit der alle revolutionären Kräfte an der Seite des spanischen Volkes stehen. Für sie alle ist der Aufruf Alvarez del Vayos, die FRAP und den Kampf des spanischen Volkes zu propagieren, ein Kampfauftrag. Hundertfach schallte es Alvarez del Vayo noch einmal entgegen, als er seine Rede mit den Worten beendete: "Ich schließe mit einem Gruß des Kampfes und der Gewißheit des Sieges" – "FRAP, FRAP, FRAP, guerra popular!" "Ni Franco, ni rey, ni yankee – republica popular y federativa!"



"Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg!"

Bittermark, Karfreitag 1945; 240 Männer und Frauen, kriegsgefangene Arbeiter, Antifaschisten, Kommunisten werden von der Gestapo bestialisch gequält, erschossen und in Bombentrichtern verscharrt. Das war eine der letzten Bluttaten des Hitlerfaschismus in Dortmund.

Die Dortmunder haben – wie das gesamte deutsche Volk – die Verbrechen des Faschismus nicht vergessen, der Haß auf den Faschismus ist in der Arbeiterklasse, im gesamten werktätigen Volk lebendig. Darum lassen die Kapitalisten, die Krupp, Thyssen und Flick, die einst die Drahtzieher des Hitlerfaschismus waren und die heute durch ihre Bonner Regierung erneut die Faschisierung ihres Staatsapparates vorantreiben, alljährlich am Karfreitag eine heuchlerische Gedenkfeier an der Bittermark veranstalten, um von der Tatsache abzulenken, daß die Hitlerdiktatur von ihnen errichtet worden ist, um durch den blutigen Terror ihre Herrschaft vor dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse unter der Führung der KPD Ernst Thälmanns zu retten. Sie wollen von der Tatsache ablenken, daß sie erneut die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk planen.

Im letzten Jahr redete auf dieser Versammlung z.B. der für die Isolierhaftfolter an den Genossinnen Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin verantwortliche nordrhein-westfälische Justizminister Posser. In diesem Jahr sollte DGB-Boß Vetter der Hauptredner sein. Dieser saubere "Antifaschist" betreibt an der Spitze des DGB-Apparats die Entlassung klassenkämpferischer Kollegen aus den Betrieben, applaudiert, wenn die Polizei gegen streikende Arbeiter losknüppelt, sorgt für die Durchsetzung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes gegen die Arbeiterklasse. Auf diese Weise und vor allem auch über die "Mitbestimmung" strebt Vetter wie der gesamte DGB-Apparat eine Neuauflage der faschistischen Arbeitsfront an.

Gegen diese widerliche Demagogenschow des Kapitals, bei der gerade die, die heute erneut im Auftrag der Kapitalisten zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung die Faschisierung betreiben, weinerliche Töne über die Verbrechen des Hitlerfaschismus anstimmen wollen, rief unsere Partei zum Kampf auf. Diese Veranstaltung war nicht antifaschistisch, sondern sollte von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus ablenken. Unsere Partei machte klar: Faschismus und Krieg verhindern, das kann nur die bewaffnete Arbeiterklasse. Wer den Faschismus verhindern will, muß in der gewaltsamen proletarischen Revolution den Kapitalismus stürzen.

"Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg!" Das ist das Vermächtnis der an der Bittermark ermordeten Antifaschisten. Dieses Vermächtnis wird nicht nur von den Kapitalisten in den Dreck gezogen, sondern auch von den modernen Revisionisten der D'K'P, die mit ihren Parolen vom friedlichen Weg zum Sozialismus durch Mitbestimmung, durch die Zurückdrängung der Macht der Monopole usw. die Arbeiterklasse vom bewaffneten Kampf abhalten will. Diese Agentur der Kapitalisten ist der Wegbereiter des Faschismus.

Das Vermächtnis der Toten der Bittermark wurde allein von unserer Partei und von den Antifaschisten, die unter ihrer Führung gegen diesen Betrug kämpften, verteidigt. Im geschlossenen Block marschierten die Genossen mit dem Thälmann-Lied zum Mahnmal. Dort hielt ein Parteigenosse eine Rede, in der er klar machte, daß diese heuchlerische und verlogene Show eine offene Verhöhnung des antifaschistischen Kampfes des deutschen Volkes ist. Dann rückte die Knüppelgarde der Polizei an. Immer wieder versuchten die Bullen, die Genossen von der Kundgebung zu vertreiben. Immer wieder zettelten sie neue Schlägereien an. Dabei demonstrierte wieder einmal die Gruppe Rote Fahne, was sie unter antifaschistischem Kampf versteht: sie rührten keinen Finger, um dem faschistischen Terror der Bullen entgegenzutreten. Aber anschließend legten sie in aller "Würde" einen Kranz nieder.

Die Partei und die unter ihrer Führung kämpfenden Antifaschisten liessen sich nicht vertreiben. Am Schluß der Veranstaltung übertönte die Internationale die reaktionäre Demagogie.

BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK









ROTE GARDE ZELLEN GRÜSSEN DAS ZK



















VORWÄRTS BEIM NATIONALEN AUFBAU DER ROTEN HILFE!

Im Kampf gegen die Klassenjustiz, gegen jede Form politischer Unterdrückung gilt es, die Massen in einer breiten, proletarischen Massenorganisationen zusammenzuschließen. Die Tradition der ROTEN HILFEN in den zwanziger und dreißiger Jahren ist unvergessen. Anknüpfend an diese große Tradition hat unsere Partei im vergangenen Jahr überall in Westdeutschland und Westberlin in den spontan entstandenen Rote-Hilfe-Gruppen den Kampf um eine korrekte, revolutionäre Linie aufgenommen. Auf dem nationalen Kongreß der Rote-Hilfe-Gruppen, der am 12./13.4. in Bochum stattfand, konnte die proletarische Linie gegen alle Angriffe rechter und "linker" Spalter durchgesetzt werden.

Der Bochumer Rote-Hilfe-Kongreß brachte einen großartigen Erfolg im Kampf um die korrekte Linie, um den nationalen Aufbau einer Rote-Hilfe-Organisation. Revisionistische, trotzkistische, anarchistische Elemente, die immer wieder versuchten, die RH-Bewegung zu spalten, wurden hinausgesäubert. Die Konferenz verabschiedete einen programmatischen Aufruf der Roten Hilfe, wählte einen provisorischen Bundesvorstand und beschloß die Einberufung eines Gründungskongresses der Roten Hilfe Westdeutschland und Westberlin in absehbarer Zeit.

Immer mehr Rote-Hilfe-Gruppen haben sich in der letzten Zeit spontan gegründet, um den Kampf gegen Klassenjustiz und politische Unterdrückung aufzunehmen. Diese Bewegung zu vereinheitlichen und auf revolutionärer Grundlage auszurichten, muß das Ziel eines jeden Marxisten-Leninisten sein. Die Rote Hilfe Dortmund legte deshalb einen Entwurf eines Programmatischen Aufrufes vor, der das revolutionäre Programm einer Roten Hilfe zusammenfaßt:

"Die Rote Hilfe ist keine Karitas, die Almosen gibt und Heftpflaster auf die vom Klassenfeind geschlagenen Wunden klebt. Sie ist vielmehr eine Kampforganisation gegen die politische Unterdrückung. Sie bettelt nicht um Gerechtigkeit beim Klassenfeind, die es sowieso nicht gibt, sondern ruft auf zur Rebellion gegen das blutige Unrecht des kapitalistischen Unterdrückersystems. Sie beschränkt sich nicht auf die Verteidigung gewisser demokratischer, dem Klassenfeind abgetrotzter Rechte, sondern unterstützt offen alle Bestrebungen, die zum Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat führen. Die ROTE HILFE verläßt sich in ihrem Kampf nicht in erster Linie auf juristische und andere Spezialisten, sondern auf die gewaltige Kraft der proletarischen Massensolidarität.. Die ROTE HILFE ist eine revolutionäre Massenorganisation der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen die politische Unterdrückung leistet sie ihren Beitrag zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, und zur Errichtung der Arbeitermacht, des Sozialismus."



NIEDER MIT DEN SPALTERN DER ROTEN HILFE!

Seit Monaten tobte in der Rote-Hilfe-Bewegung ein harter Kampf um die Durchsetzung dieser korrekten Linie. Anarchisten, Trotzkisten, Revisionisten hatten sich zusammengerottet gegen die Vorkämpfer der proletarischen Linie, gegen die Partei, zur Spaltung der Roten Hilfe. Auf der Bochumer Konferenz entlarvten sie sich vollends als Antikommunisten und Konterrevolutionäre. Die Verabschiedung des Programmentwurfes war verbunden mit ihrer Hinaussäuberung aus der Roten Hilfe.

Was sind das für "Rote Helfer", die die Rote Hilfe auf "Knastarbeit" beschränken und in eine linke Karitas umwandeln wollen? Was sind das für Elemente, die mit der Forderung "Freiheit für alle Gefangenen" den Klassenkampf leugnen und auf der Bochumer Konferenz die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Kommunistische Partei in unverschämten Worten beschimpfen: "Steckt euch doch eure Arbeiterklasse an den Hut! Wo tobt denn hier der verdammte Klassenkampf? " Was sind das für "Revolutionäre", die Resolutionen gegen die Volksrepublik China zusammenbrauen? Systematisch haben die Führer dieser konterrevolutionären Fraktionen in den letzten Monaten die Rote-Hilfe-Arbeit sabotiert. Sie weigerten sich, die Nummer 22 der Zeitung zu verkaufen. Sie wollten neugegründete Rote-Hilfe-Gruppen aus der Konferenz ausschließen. Am tollsten trieben es die Rechtsopportunisten der ehemaligen RH-Gruppe München: Als der Staatsanwalt ihnen mit einer Anzeige wegen "krimineller Vereinigung" drohte, lösten sie ihre Gruppe einfach auf. Solche "Vorkämpfer gegen politische Unterdrückung" reisten in Bochum an und forderten Stimmrecht! **Als die trotzkistischen und revisionistischen Häuptlinge der RH Frankfurt und Bochum den Ausschluß der KPD/ML und ihrer Sympathisanten aus den Roten Hilfen forderten, entlarvten sie ihr konterrevolutionäres Wesen vollkommen. Diese Resolution kommt** den Antikommunistenbeschlüssen der DGB-Führer gleich. Sie konnte nur durch die Hinaussäuberung dieser Elemente beantwortet werden. Zweifellos wird das einige Rote-Hilfe-Gruppen vorübergehend organisatorisch schwächen. Insgesamt aber geht die Rote Hilfe aus diesem Kampf gestärkt und gereinigt hervor.

DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER ROTEN HILFE

Die Bochumer Konferenz hat die Frage "Reform oder Revolution" in der Roten Hilfe auf einem neuen Niveau gestellt. Auf der Seite der "Reform", auf der Seite der Konterrevolution hat sich eine bunte Reihe von Revisionisten, Anarchisten, Trotzkisten bis hin zur "Roten Hilfe e.V." zusammengefunden, die die Bewegung auf einen revisionistischen Kurs zerren wollen. Das wird ihnen nicht gelingen! Denn die revolutionären Kräfte haben sich auf der Grundlage des Programmentwurfes zusammengeschlossen und werden sich noch enger zusammenschliessen. Sie beschlossen, die Gründung einer einheitlichen, nationalen Roten Hilfe voranzutreiben und beauftragten einen provisorischen Bundesvorstand mit der Vorbereitung dieser entscheidenden Konferenz. Mit einer breiten Propagierung des Programmatischen Aufrufes wird die Rote Hilfe in der nächsten Zeit den Kampf gegen die rechten Spalter vorantreiben und neue Kräfte gewinnen. Die Zeitung "Rote Hilfe", so beschloß die Konferenz, wird ab sofort regelmäßig erscheinen. Am 1. Mai wird die Rote Hilfe national die Roten Maidemonstrationen der KPD/ML unterstützen.

Im Kampf gegen Revisionismus und Trotzkismus gilt es, die Rote Hilfe weiter aufzubauen und organisatorisch zu festigen. Eine Rote Hilfe, die die ruhmreiche Tradition der ROTEN HILFEN DEUTSCHLANDS der zwanziger und dreißiger Jahre wieder aufnimmt, die Hunderttausende in ihren Reihen organisierte und einen machtvollen Kampf gegen die politische Unterdrückung, für den Sozialismus führte! Die Bochumer Konferenz hat die Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgaben geschaffen.

Solidarität mit Sascha Haschemi!

Seit mehr als einem Jahr kämpfen Partei und ROTE GARDE um die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi, Mitglied der ROTEN GARDE München. Denn Sascha, der obwohl er in München geboren und aufgewachsen ist, wegen seines Vaters die iranische Staatsangehörigkeit besitzt, soll aus Deutschland ausgewiesen werden. Die Bourgeoisie will einen konsequenten deutschen Kommunisten, den sie fürchtet und haßt, in die Folterkammern des Schah ausliefern! Im Februar wurde Sascha zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am Roten Antikriegstag 72 trotz Demonstrationsverbotes gegen den imperialistischen Krieg demonstrierte. Sascha, die sichere Abschiebung vor Augen, tauchte unter und setzt seinen Kampf in der Illegalität fort. Seither mobilisiert die Partei täglich neue Kräfte im Kampf gegen dieses ungeheuerliche Beispiel politischer Unterdrückung durch den Klassenfeind. Tausende Menschen solidarisierten sich mit Sascha. Überall in Deutschland wurden Unterschriften und Protesterklärungen für Saschas Einbürgerung gesammelt. Dies ist der letzte Stand der Unterschriftenaktion:

Aachen 176, Bad Kreuznach 22, Berlin-West 1 666, Bielefeld 308, Bochum 602, Braunschweig 126, Bremen 210, Coburg 600, Darmstadt 87, Dortmund 339, Düsseldorf 35, Duisburg 241, Essen/Gelsenkirchen 704, Frankfurt 310, Freiburg 184, Gießen/Wetzlar 375, Hamburg 1072, Hannover 810, Heide 50, Heidelberg 410, Heidenheim 59, Karlsruhe 100, Kassel 89, Kempten 350, Kiel 1094, Kitzingen 348, Köln 142, Lübeck 333, Mainz 67, Mannheim/Ludwigshafen 248, Marburg 134, München 1 200, Münster 36, Neumünster 32, Neuwied 34, Nürnberg 287, Oberhausen 255, Ravensburg 250, Recklinghausen 50, Reutlingen 45, Rüsselsheim 49, Sindelfingen/Böblingen 80, Stuttgart 129, Tailfingen 101, Thälmassing/Greding/Ingolstadt 150, Tübingen 266, Troisdorf 30, Ulm 12, Weinheim 23, Wiesbaden 18, Wilhelmshaven 26, Witten 18, Wuppertal 100, Würzburg 400.

Die Rote Hilfe Hamburg sammelte weitere 50 Unterschriften, 12 Unterschriften schickte der "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten", Frankfurt.

Das sind insgesamt 14 262 Unterschriften für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi.

Neben den 33 Protestresolutionen, die im ROTEN MORGEN 13/74 veröffentlicht wurden, erhielten wir weitere Resolutionen vom Arbeitertreff der KPD/ML Hannover vom 15.3.73. Genossen der ROTER MORGEN-Leserunde der Pädagogischen Hochschule Westberlin, der Hausversammlung des Arbeiterjugendzentrums Bielefeld, der Roten Hilfe Hamburg, der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen, Frankfurt.

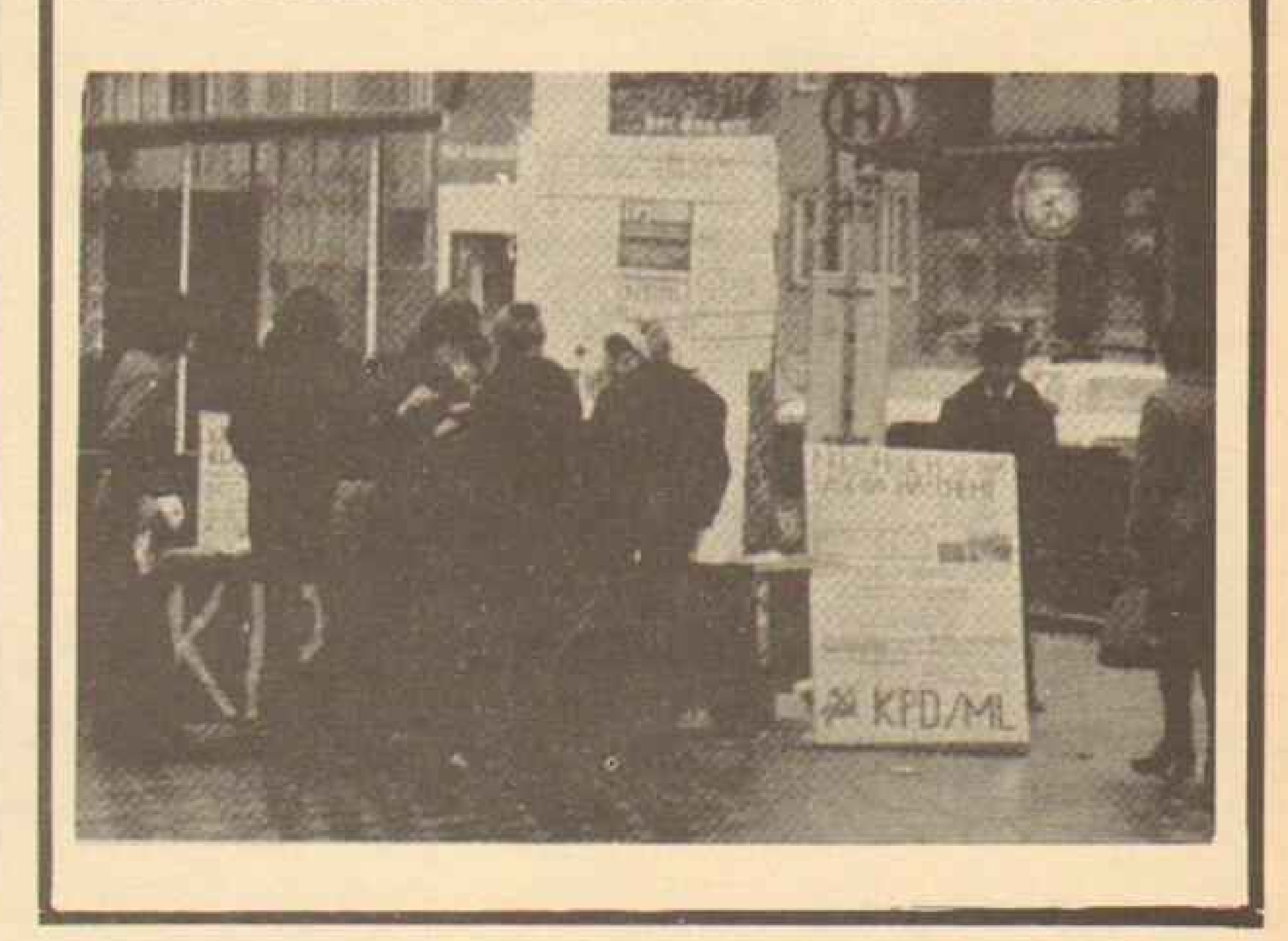
557 DM wurden für Prozeßkosten gesammelt.

Die breite Solidarität mit Sascha Haschemi ist ein Zeichen für die wachsende Bereitschaft der Massen, gegen jede Art politischer Unterdrückung aufzustehen. Sie ist ein Ausdruck für die Verankerung der KPD/ML in dieser Bewegung, für die Festigkeit und Kampfkraft unserer Partei!

Saschas Aufenthaltsgenehmigung ist am 30.4. erneut abgelaufen.

Vorwärts im Kampf!

FÜR DIE SOFORTIGE EINBÜRGERUNG VON SASCHA HASCHEMI!



ZUR UNTERSTÜTZUNG DER POLITISCH VERFOLGTEN

WURDEN GESPENDET:

Arbeitertreff Hannover 18.3., 51.10 DM – Albanienveranstaltung Mannheim, 7.3., 18.3., 295,80 DM Diskussionskreis Marbug, 25.3., 55 DM – Sammlung Parteibüro Mannheim 27.3.74, 15 DM – W.K.Essen, 27.3. 10 DM – OG Hamburg, 28.3. 119,26 DM – B.S., Westberlin, 20 DM – Zelle Mannesmann/Kammrich, 28.3., 40 DM – Veranstaltung Hamburg-Altona, 28.3., 236 DM – Protestveranstaltung gegen Ausweisung von Sascha, 60 DM – Genossen aus Köln, 29.3., 417 DM – J.B., Bochum, 29.3., 78 DM – B. und P.W. 29.3., 100 DM – Borsig-Zelle Westberlin, 1.4., 93,50 DM – Beiersdorf-Zelle Hamburg, 1.4., 115 DM – Parteiveranstaltung Bremen, 1.4., 199,20 DM – Mitglieder des KSV, der RG und Unorganisierte aus Mainz, 1.4., 65 DM – Ein Palästinenser aus Mainz für Sascha, 1.4., 25 DM – RM-Lesekreis Casella, 2.4., 13,32 DM – M.N., Bochum, 2.4., 15 DM – Demonstration in Bremen, 2.4., 170,53 DM – H.F.B., Kiel, 3.4., 105 DM – P., Stuttgart, 5.4., 80.30 DM – OG Kassel, 8.4., 30 DM F.R., Sindelfingen, 8.4., 130 DM Veranstaltung in Duisburg, 20.2., 31 DM H.-F. Sch., 100 DM. SUMME: 2.670,11 DM.

Spenden für politisch Verfolgte an: Konto Karin Sandmann Dresdner Bank, Zweigstelle, 46 Dortmund, Borsigplatz Konto Nr. 81 355 107

BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK

















Fortsetzung von Seite 1

ES LEBE DER ROTE 1.MAI!

In den Klassenauseinandersetzungen des letzten Jahres ist die Kampfentschlossenheit der Arbeiter gestärkt worden, die Kampffront ist breiter geworden und sie hat durch das Eingreifen der Partei an revolutionärer Klarheit gewonnen. Die Erfolge der Partei gerade in der letzten Zeit haben bewiesen, wie richtig es war, daß innerhalb der Partei ein schonungsloser Kampf gegen jeden rechtsopportunistischen Versuch geführt worden ist, die marxistisch-leninistische Linie der Partei zu verfälschen. Heute sind die Reihen der Partei auf einer höheren Stufe zusammengeschmiedet, ist sie fester denn je mit den Massen verbunden.

Ausdruck davon sind die zahlreichen Grußadressen, die das Zentralkomitee der KPD/ML von den Zellen der Partei und der Roten Garde erhalten hat. So schreibt die Opel-Zelle Bochum: "Das ZK hat diePartei gegen alle rechtsopportunistischen Angriffe verteidigt, sicher an der marxistisch-leninistischen Linie festgehalten und der Partei und der Arbeiterklasse den richtigen Weg gewiesen." Die Zelle der Mannesmann-Werke in Huckingen, die als einzige Kraft fest an der Seite der kämpfenden Kollegen stand und mutig gegen die Entlassung des kommunistischen Kollegen Brenner kämpfte, kann bestätigen: entscheidend für die Arbeit der Partei ist: "das Festhalten, die verstärkte Propagierung des revolutionären Auswegs, der prinzipienfeste, schonungslose Kampf gegen den modernen Revisionismus." Als die Partei diese revolutionäre Linie bei den Bürgerschaftswahlen breit propagierte, sagten 3.000 Menschen "Ja" zu dieser Politik. Die Hafenzelle der KPD/ML in Hamburg schreibt: "Getreu der Weisung des ZK, die Gewinnung der Fortschrittlichen des Proletariats für den Kommunismus und die Partei, die KPD/ML, werden wir uns mit allen unseren Kräften dafür einsetzen, die während der erfolgreichen Wahlkampagne zur Hamburger Bürgerschaftswahl gewonnenen Hafenarbeiter-Sympathisanten fest an die Partei heranzuführen und die Reihen der Partei zu festigen und zu stärken." Die Werftjugendzelle in Hamburg, die im Kampf gegen den Gewerkschaftsausschluß der Jugendvertretung bei HDW und der Entlassung von zwei Jugendvertretern entscheidende Erfolge bei der Isolierung der D'K'P-Revisionisten erzielen konnte, schreibt, daß es ihr gelungen ist, "mehrere junge Genossen für den Kommunismus zu gewinnen" und dem 'K'B, einer opportunistischen Organisation, die ersten harten Schläge zu versetzen. Die Soldatenzellen aus Hamburg schreiben: "Unter der Führung des ZK werden wir noch stärker als bisher den antimilitaristischen Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten führen und uns immer hart einsetzen für den weiteren Aufbau der KPD/ML und das Vorwärtsschreiten zur sozialistischen Revolution." Die Zelle der KPD/ML bei Hoesch hat im Kampf gegen die Entlassung eines Genossen, die von den D'K'P-Revisionisten betrieben wurde, etlichen Kollegen erklären können, daß die D'K'P nicht nur eine Partei ist, die "nicht so radikal ist" wie die KPD/ML, sondern ein Feind der Arbeiterklasse ist, auf der anderen Seite der Barrikade. Die Zelle schreibt: "Die Erfolge unserer Zelle im Kampf gegen den modernen Revisionismus wären undenkbar ohne den scharfen Kampf gegen den Rechtsopportunismus. Unser Kampf hat uns gezeigt: unsere entscheidende Waffe ist unsere korrekte marxistisch-leninistische Linie. Mit dieser scharfen Waffe wird es uns gelingen, auch bei Hoesch immer mehr Kollegen zusammenzuschließen zum Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

Mit 120 Betriebs- und Stadtteilzeitungen propagiert die Partei heute den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den bewaffneten Sturz des westdeutschen Imperialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Wenn die Zahl der sympathisierenden Arbeiter, die sich um sie zusammenschließen, größer wird, dann ist das ein Ausdruck der wachsenden Einheit und Stärke der Arbeiterklasse auf einer revolutionären Grundlage. Kollegen, manifestieren wir unsere wachsende Kraft am 1. Mai. Heraus zum Roten 1. Mai!

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

NIEDER MIT DEM ARBEITERFEINDLICHEN, IMPERIALISTISCHEN DGB-APPARAT!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER RGO!

NIEDER MIT DER D'K'P/'S'EW – DEN SCHLIMMSTEN FEINDEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG, DEN VERRÄTERN AM KOMMUNISMUS!

STÄRKT DIE WELTWEITE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT, BESONDERS GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE, DEN US-IMPERIALISMUS UND DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION! FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

BETRIEBSZELLEN GRÜSSEN DAS ZK

DER ROTE SCHMELZTIEGEL

DER DRUCKEREI ARBEITER
für die Bruckmann-Betriebe München

ROTLICHT







Herausgeber: ZK der KPD/ML

VERANSTALTUNGEN ZUM ROTEN 1. MAI

AACHEN:
27.4., 19 Uhr, "Schloßhof", Zollernstr./Schloßstr. Film: "Rote Raketen".
BIELEFELD:
30.4., 17.30 Uhr, Parkplatz Jollendekerstr., Am Güterbahnhof: Abfahrt zur Teilnahme der Veranstaltung in Dortmund mit Ernst Aust.
BOCHUM:
29.4., 19.30 Uhr, "Kortländer", Herner-/Dorstener Straße.
BUXTEHUDE:
29.4., 19.30 Uhr, Bürgerhaus.
BREMEN:
1.5., 18 Uhr, Bremen-Walle, Keglerheim.
DORTMUND:
30.4., 19 Uhr, "Haus Heuner", DO-Eving, Bergstr./Lindenhorststr. (Nähe Zeche Minister Stein). Es spricht: ERNST AUST.
1. Mai, 18 Uhr (Ort wird auf der Demonstration bekanntgegeben).
DUISBURG:
1. Mai, 18 Uhr, Kolpinghaus, Duisburg-Marxloh.
FREIBURG:
29.4., 19.30 Uhr, "Sonne", Baslerstr. 58.
FRIEDRICHSHAFEN:
26.4., 20 Uhr, "Hirsch", Redle-/Parkstr.
HAMBURG:
30.4., 19 Uhr, "Zum alten Sängerheim", Oelkersallee 5.
1. Mai, 18 Uhr, HH-Wilhelmsburg, "Stübens Gesellschaftsräume", Vogelhüttendeich. Es spricht: ERNST AUST.
HEIDENHEIM:
27.4., 15.30 Uhr, "Sonneck", Ostplatz.
KIEL:
1. Mai, 19 Uhr, Ostseehallengaststätte.
KÖLN:
28.4, Köln-Kalk, "Conca D'oro", Victorstr./Peter-Stühlen-Str.
KÖLN:
27.4. "Nieder mit dem Kapital und seinem volksfeindlichen Stadtverwaltungsapparat" – Veranstaltung von "Rude Kappes", Köln-Nippes, Gaststätte Kannen, Holbeinstr., 19 Uhr.
LÜBECK:
26.4., 19.30 Uhr, "Casino", HL-Moisling.
30.4., 19.30 Uhr, "Geniner Baum" HL-Moisling.
MANNHEIM:
29.4., 19.30 Uhr, "Zähringer Löwen". Es spricht: ERNST AUST.
MARBURG:
28.4., Veranstaltung zum 1. Mai, Hessischer Hof, 20 Uhr. Der AP-Trupp 'Roter Sturmtrupp' bringt: "Heraus zum roten 1. Mai"
MÜLHEIM/RUHR:
28.4., 18 Uhr, "Zur Glocke", Eppinghofer-/Bruchstr.
MÜNCHEN:
27.4., 19 Uhr, "Vollmar-Haus" (Oberanger). Es spricht: ERNST AUST zur nationalen Frage.
1. Mai, 14 Uhr, Kolpinghaus, Entenbachstraße 37.
MÜNSTER:
1. Mai, 20 Uhr, "Freitag".
NÜRNBERG:
1. Mai, 14 Uhr, "Zum Hippel", Kleinweidemühle 5.
REUTLINGEN:
30.4., Gaststätte Omnibusbahnhof, 19 Uhr.
SCHWEINFURT:
1. Mai, 16 Uhr, "Wallbräukeller" (beim Stadtbahnhof).
STUTTGART:
28.4., 14.30 Uhr, "Friedenau", Rotenbergstr. Es spricht: ERNST AUST.
1.Mai, 14 Uhr, "Friedenau".
WESTBERLIN:
28.4., 17 Uhr, "Neue Welt".

REIHT EUCH EIN IN DIE ROTEN 1. MAI-DEMONSTRATIONEN!

BIELEFELD:
Abmarsch 9 Uhr, Siegfriedplatz. 11 Uhr Abfahrt zur Demonstration nach Dortmund an der Brodhag-Schule.
BREMEN:
Abmarsch 10.30 Uhr, Warthburg-Platz.
DORTMUND:
Abmarsch 12 Uhr, Nordmarkt.
DUISBURG:
Abmarsch 12.30 Uhr, Duisburg-Hamborn, Jäger-/Weidenstr. Abschlußkundgebung: 15 Uhr, Marxloh, Johannisplatz.
HAMBURG:
Abmarsch 10 Uhr, Sternschanze.
HANNOVER:
Abmarsch 11 Uhr, Freizeitheim Linden.
KIEL:
Abmarsch 10.30 Uhr, Vineta-Platz, Kiel-Gaarden. Schlußkundgebung: ca. 12.30 Uhr, ebenfalls Vineta-Platz.
LÜBECK:
Abmarsch 10 Uhr, Wochenmarkt HL-Moisling. Schlußkundgebung: 12 Uhr, Lübeck-Moisling.
MANNHEIM:
Abmarsch 11 Uhr, Paradeplatz. Schlußkundgebung: 13 Uhr, Neckarstadt Neust.
MÜNCHEN:
Abmarsch 11.30 Uhr, Karolinenplatz.
NÜRNBERG:
Abmarsch 10 Uhr Harsdörffer Platz. Abschlußkundgebung: Veit-Stoß-Anlage.
SCHWEINFURT:
Abmarsch 11 Uhr, Ernst-Sachs-Bad.
STUTTGART:
Abmarsch 10 Uhr, Stuttgart-Ostheim, Wagenburgstr./Klingenstr.
WESTBERLIN:
Abmarsch 10 Uhr, Brunnenstr./Gustav-Meyer-Allee. Schlußkundgebung: 11.30 Uhr, Utrechterstr./Maltlaquestr.

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526.

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ○

B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße..

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,-- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 - 393 zu überweisen.

PARTEIBÜROS:

BIELEFELD:
Buchladen "Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.
BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13.00 Uhr.
HAMBURG:
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.
HANNOVER:
Elisenstr. 20
Kiel:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo – Fr 15.00 – 18.00 Uhr, Sa 9.00 – 13.00 Uhr.
LÜBECK:
Buchladen "Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.
MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.
MÜNCHEN:
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.
WESTBERLIN:
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.